

 Postbank Geschäftsbericht 1990

Neue Wege

Inhalt

Per.
13681
1990
Pf. L. Speyer

- 2 Die Postunternehmen im Überblick
- 3 Die Postbank-Führung
- 4 Die Postbank-Organisation
- 6 Die Postbank überall in Deutschland

Postbanken 1990

- 8 Das Welt-Bankenjahr: ein kurzer Blick zurück
- 9 Europa auf dem Weg zum Gemeinsamen Markt
- 12 Das deutsche Bankenjahr im Licht der Vereinigung
- 14 Chronologie der Ereignisse: Die Vereinigung der Deutschen Post Postbank der DDR mit der Postbank

Lagebericht

- 16 Guter Start in die 90er Jahre

Weitere Informationen

- 22 Aufbruch in neuer Struktur: Von den Postbankdiensten zur Postbank

Anhang

- 38 Erläuterungen zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- 42 Bestätigungsvermerk
- 43 Bericht des Aufsichtsrats

Jahresabschluß

- 44 Jahresbilanz zum 31. Dezember 1990 (alte Bundesländer)
- 46 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1990 bis 31. Dezember 1990 (alte Bundesländer)
- 48 Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 (neue Bundesländer)

- 51 Fünfjahresübersicht

Per. 13681 (1990)



Deutsche
Bundespost



Generaldirektion

Ober-
postdirektionen

Postämter

Deutsche
Bundespost



Generaldirektion

Ober-
postdirektionen

Fernmeldeämter

Deutsche
Bundespost



Generaldirektion

Postgiroämter

Postspar-
kassenämter

Zentralstelle

Vorstand

Dr. Günter Schneider (Vorsitzender)

Dr. Rudolf Bauer

Dr. Bernhard Zurhorst

Aufsichtsrat

Dr. Hans Friderichs (Vorsitzender)

Albert Stegmüller
(stellvertretender Vorsitzender)

Hans Adams
Vorsitzender des Personalrats beim
Postgiroamt Frankfurt am Main
(bis 31. 5. 1990)

Dr. Thea Brünner
Geschäftsführerin der
Verbraucherzentrale Berlin e. V.

Prof. Dr. Hans E. Büschgen
Direktor des Seminars für
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
und Bankbetriebslehre an der
Universität zu Köln

Dr. Gert Haller
Ministerialdirektor im Bundes-
ministerium der Finanzen
(seit 14. 2. 1990)

Freiherr Constantin Heereman
von Zuydtwyck
Präsident des
Deutschen Bauernverbandes

Dr. Horst Köhler
Staatssekretär im
Bundesministerium der Finanzen
(bis 13. 2. 1990)

Margit Kröger
Mitglied des Personalrats beim
Postsparkassenamt Hamburg

Franz Kroppenstedt
Staatssekretär im
Bundesministerium des Inneren

Bernd Lindenau
Bezirksvorsitzender der Deutschen
Postgewerkschaft Berlin

Uwe Lütjhe
Mitglied des Bezirksvorstandes
des Deutschen Postverbandes
Hamburg

Dr. Bernhard Molitor
Ministerialdirektor im
Bundesministerium für Wirtschaft

Dr. Manfred Schüler
Staatssekretär a. D.,
Mitglied des Vorstandes der
Kreditanstalt für Wiederaufbau

Karola Schwuchow
Mitglied der Geschäftsführung des
Hauptpersonalrats
(seit 1. 6. 1990)

Dr. Ing. Dieter Soltmann
Präsident der Industrie- und
Handelskammer für München
und Oberbayern,
Vizepräsident des
Deutschen Industrie- und
Handelstags

Albert Stegmüller
Stellvertretender Vorsitzender der
Deutschen Postgewerkschaft

Dr. Jürgen Zech
Vorstandsvorsitzender der
Kölnischen Rückversicherungs-
Gesellschaft AG

Direktoren

Norbert Behle,
Bonn

Günter Detjen,
Bonn

Wolfgang Gayer,
Wachtberg

Karl-Friedrich
Grunewaldt,
Bonn

Georg Konradi,
Bonn

Dr. Norbert
Leise,
St. Augustin

Hartmut Nitsch,
Bad Honnef

Dr. Richard
Reinfeld,
Wachtberg

Achim Scholz,
Bonn

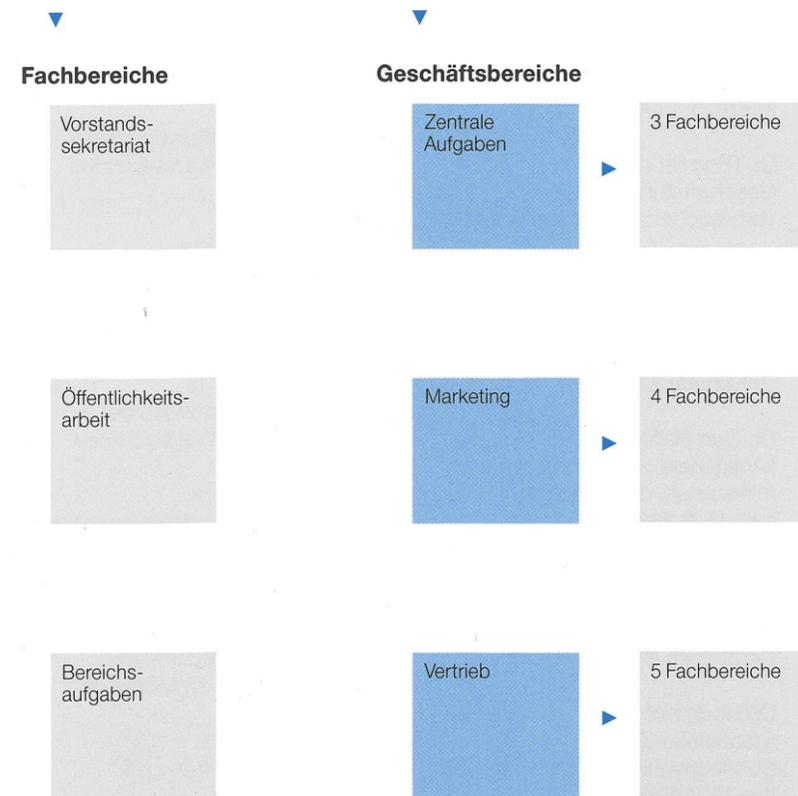
Dr. Erhard
Schramm,
Bonn

Die Postbank-Organisation

Vorstand

Dr. Schneider

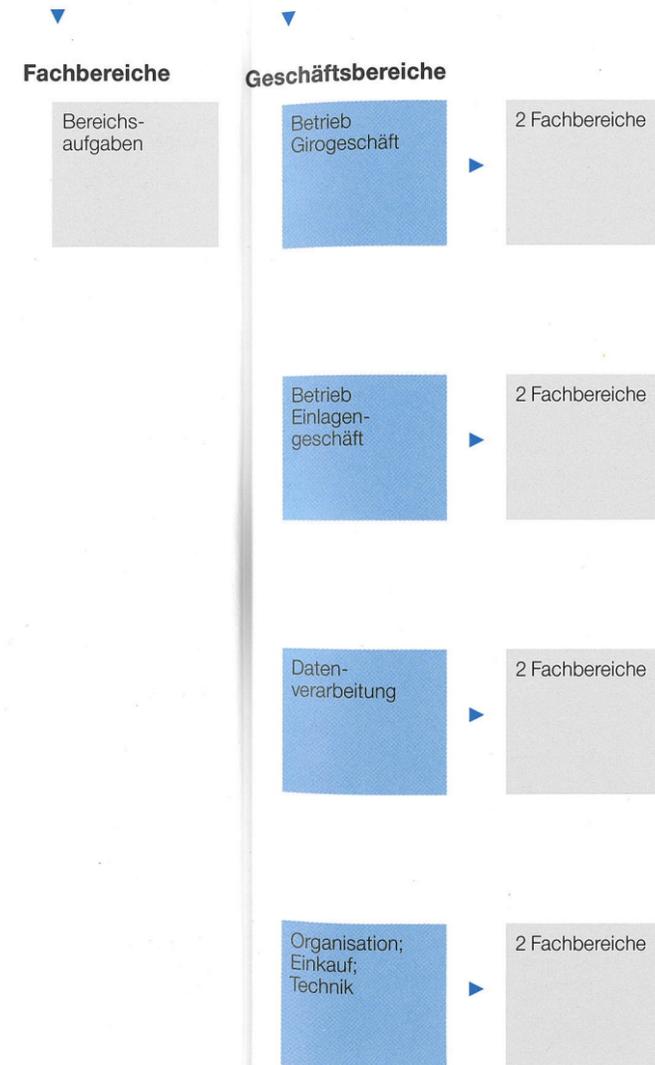
Zentrale Aufgaben, Marketing, Vertrieb, Öffentlichkeitsarbeit



Vorstand

Dr. Bauer

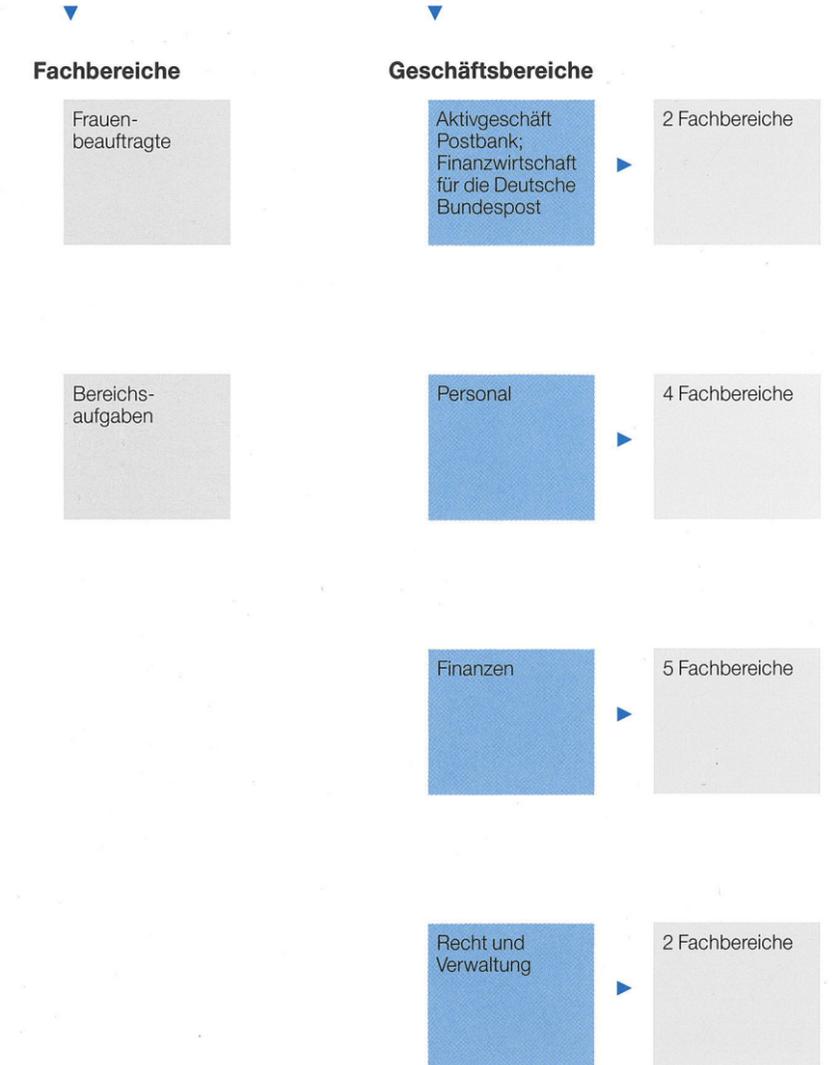
Betrieb, Organisation



Vorstand

Dr. Zurhorst

Finanzwirtschaft, Personal, Finanzen, Betriebswirtschaft



Die Postbank überall in Deutschland

Die Postbank Hamburg

Girokonten	590.000
Btx-Konten	11.400
EC-Karten	105.000
Vermittelte Eurocard	5.000
Einlagekonten Mio	13,6
Einlagevolumen Mrd DM	24,6

Die Postbank Hannover

Girokonten	515.400
Btx-Konten	9.300
EC-Karten	93.500
Vermittelte Eurocard	3.900

Die Postbank Dortmund

Girokonten	307.300
Btx-Konten	5.400
EC-Karten	53.400
Vermittelte Eurocard	2.500

Die Postbank Essen

Girokonten	426.700
Btx-Konten	7.400
EC-Karten	76.300
Vermittelte Eurocard	3.100

Die Postbank Köln

Girokonten	408.400
Btx-Konten	8.000
EC-Karten	77.000
Vermittelte Eurocard	4.200

Die Postbank Ludwigshafen

Girokonten	199.000
Btx-Konten	4.100
EC-Karten	37.400
Vermittelte Eurocard	1.400

Die Postbank Saarbrücken

Girokonten	75.000
Btx-Konten	1.000
EC-Karten	13.400
Vermittelte Eurocard	500

Die Postbank Leipzig

(im Aufbau)

Die Postbank Berlin

Girokonten	487.400
Btx-Konten	10.000
EC-Karten	82.500
Vermittelte Eurocard	5.200

Die Postbank Frankfurt

Girokonten	512.600
Btx-Konten	9.000
EC-Karten	104.000
Vermittelte Eurocard	5.700

Die Postbank Karlsruhe

Girokonten	273.000
Btx-Konten	3.900
EC-Karten	39.500
Vermittelte Eurocard	2.000

Die Postbank Stuttgart

Girokonten	288.000
Btx-Konten	6.700
EC-Karten	56.400
Vermittelte Eurocard	2.400

Die Postbank Nürnberg

Girokonten	298.000
Btx-Konten	5.900
EC-Karten	54.400
Vermittelte Eurocard	2.000

Die Postbank München

Girokonten	455.700
Btx-Konten	6.800
EC-Karten	97.000
Vermittelte Eurocard	6.500
Einlagekonten Mio	9,6
Einlagevolumen Mrd DM	18,5

Welt

Die Weltwirtschaft und damit die Notenbanken der einzelnen Länder wie auch deren Geschäftsbanken wurden 1990 mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert: Die weltwirtschaftliche Dynamik schwächte sich ab, in den USA und in den übrigen angelsächsischen Ländern waren sogar zunehmende Rezessionstendenzen zu erkennen. Durch den Golfkrieg wurde die Wirtschaftslage weiter verschärft, zudem der Preisauftrieb weltweit beschleunigt. In mehreren Industrieländern reagierten die Notenbanken mit Leitzinserhöhungen, was an den internationalen Finanzmärkten zu einem Anstieg der langfristigen Zinsen führte. Eine entgegengesetzte Richtung schlug die FED, die US-amerikanische Notenbank, ein. Sie senkte die Zinsen. Folge: Der US-Dollar geriet unter Druck und erreichte am 19. November 1990 mit einer Fixing-Notierung von 1.4680 gegenüber der D-Mark einen historischen Tiefststand.

■ Die Lage in Ost-Europa

Die Staaten Osteuropas begannen 1990, sich vom sozialistischen Wirtschaftssystem zu lösen. Sie wollen die Marktwirtschaft einführen. Um diesen Prozeß jedoch zu vollziehen, benötigen Staaten wie die UdSSR, Polen, Rumänien, aber auch Ungarn und Jugoslawien – die teilweise heute bereits überschuldet sind – finanzielle Hilfe. Ob diese nun 1000 Milliarden US-Dollar oder noch mehr beträgt, läßt sich heute kaum überblicken. Doch das Beispiel der neuen Bundesländer

zeigt, daß diese Summe eher am unteren Ende des Bedarfs liegt. So moniert bereits heute der Internationale Währungsfonds (IWF), daß „zuwenig Kapital für die Reformen in Osteuropa, die Wiederaufbauarbeiten im Mittleren Osten und der Deckung des Finanzbedarfs der Entwicklungsländer vorhanden ist“.

Dieser Finanzbedarf wird in Zukunft nicht nur die Regierungen, sondern auch die Geschäftsbanken in den Industrieländern vor große Probleme stellen. Nicht die Neukreditgewährung, sondern die drohenden Verluste aus den Altkrediten werden sie dazu zwingen, ihre Zinsspanne zu verbessern.



Der lange Weg zum Weltfrieden hat auch 1990 seine Spuren hinterlassen. Der Dollar erreichte einen historischen Tiefststand, der Finanzbedarf für den Wiederaufbau im Mittleren Osten einen neuen Höchststand.

Europa

Wie alle anderen Geldinstitute muß auch die Postbank heute verstärkt ihre Aufmerksamkeit auf den Jahresbeginn 1993 richten. Ab dem 1. Januar 1993 besteht in der EG der Gemeinsame Markt. Es fallen die Barrieren, die das Angebot der Finanzdienstleister der verschiedenen europäischen Staaten in anderen Ländern der Gemeinschaft bisher eingengt haben.

Damit fallen auch diejenigen Schranken, die die Kreditinstitute in den einzelnen Ländern der EG vor Wettbewerb aus dem Ausland geschützt haben. Unter den veränderten Bedingungen wird es im Banken- und Finanzdienstleistungsmarkt zum verschärften

den im Privatkunden-Geschäft der Bankinstitute die Qualität der Betreuung, die Produkte sowie der Preis für den Kunden im Vordergrund stehen. Zudem muß die Bank leicht für den Kunden erreichbar sein, die Kommunikationsmöglichkeiten werden entscheidend.

Sicher ist: Der Wettbewerb wird zum Vorteil des Kunden ab 1993 noch härter. Gerade private Kunden und kleinere Unternehmen aber sind meist sehr konservativ. Bei der Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen haben sie Routinen und Methoden entwickelt, die sie nicht ändern möchten. Diese Kunden werden in Zukunft immer nur das akzeptieren, was sie subjektiv als gut ansehen. Homogenisierung des Bankenmarktes, Rationalisierungseffekte und Kostensenkung werden diese Kunden sicher nicht zu einem Wechsel ihrer Bankverbindung veranlassen. Die Kunden werden trotz fortschreitender Technisierung daran festhalten, „ihre“ Bank zu besuchen. Das Privatkundengeschäft wird grundsätzlich örtlicher Natur bleiben, allerdings werden die Kunden einen immer umfassenderen Service verlangen. Wer nicht ein breites Spektrum der Finanzdienstleistungen anbietet, wird es schwer haben, gegen die Konkurrenz zu bestehen. Er wird zu dem Kreis der Anbieter gehören, der das Entfernen der Grenzbarrieren nicht überlebt. Die Postbank muß sich auch in diesem Gemeinsamen Markt behaupten.

Wie haben sich vor diesen Eckdaten die anderen Postbanken vorbereitet?



Ein magisches Datum bestimmt Denken und Handeln in Europa: 1. Januar 1993. Die Vorbereitung auf den Gemeinsamen Markt hat längst begonnen.



Wettbewerb kommen. Die Bilanzsummen werden steigen, die Gesamterträge aber zurückgehen, so jedenfalls erwarten es erste Studien.

Wie wird die Zukunft aussehen? Nach der Neuordnung des Marktes werden die Anbieter überleben, die heute die Weichen dafür stellen. Solange sich die menschliche Natur nicht grundlegend ändert, wer-

■ **Europäische Postbanken
■ auf dem Weg zu Allfinanz-
■ Instituten**

Während die Postbank sich als Spezialinstitut für Zahlungsverkehr und Einlagengeschäft versteht, waren die beiden vergangenen Jahre für die europäischen Postbanken und -Sparkassen ein Meilenstein auf dem Weg in die Zukunft: Weg von reinen Zahlungsverkehrs- und Sparinstituten hin zu Allfinanz-Konzernen.

■ **„Elefanten-Hochzeit“
■ in Holland**

Den größten Schritt auf dem Weg zum Allfinanz-Unternehmen hat die niederländische Postbank in den Jahren 1989 und 1990 getan. Im Herbst 1989 brachte der holländische Staat die in seinem Alleinbesitz befindliche Postbank N.V. als Sacheinlage in die Niederländische Middenstandsbank ein. Durch diese Fusion der damaligen Nr. 3 und Nr. 5 am holländischen Bankenmarkt entstand das zweitgrößte private Bankinstitut in unserem Nachbarland, die NMB Postbank Group N.V., eine börsennotierte Aktiengesellschaft. Vorteil für die holländische Regierung: Sie konnte 28 Millionen Aktien der neuen Gesellschaft, das waren rund 30 Prozent der ausstehenden Aktien, privatisieren. Daß die Fusion Sinn machte, zeigten bereits die Zwischenergebnisse zur Mitte des Jahres 1990. Die NMB Postbank konnte ihre Bilanzsumme um 3,1 Prozent auf über 166 Milliarden Gulden steigern, den Ertrag sogar um 7,7 Prozent.

Im November 1990 war die NMB Postbank für eine neue Überraschung gut: Sie gab die Fusion mit dem größten holländischen Versicherer, der Nationale Nederlanden, bekannt. Dieser Zusammenschluß wurde Anfang 1991 von den Aktionären beider Gesellschaften genehmigt. Dadurch entstand ein Allfinanz-Konzern mit einem Eigenkapital von rund 15 Milliarden Gulden.



**Europa im Wandel.
Allfinanz-Konzerne
entstehen. Service
aus einer Hand
ist die Strategie,
vom Bargeld bis
zur Versicherungs-
police. Nicht
mehr auf einzelne
Länder bezogen,
sondern europa-
weit als umfassende
Finanzdienst-
leistungs-Angebot.**



Erster Aspekt der Fusion war der Synergieeffekt, der sich durch diesen Zusammenschluß erzielen läßt. Das Versicherungs-Geschäft der Nationale Nederlanden erhält mit einem Schlag Zugang zu den mehr als 5500 Filialen der NMB Postbank und die NMB Postbank hat einen Partner, mit dessen Hilfe sie zumindest in Europa zu einem einflußreichen Kreditinstitut werden kann. Doch das Unternehmen wird sein Geschäft nicht alleine auf unser Nachbarland beschränken. Sobald die EG-Richtlinien Versicherungsangebote auch in anderen Ländern erlauben, will das neue Großunternehmen auf allen europäischen Märkten tätig werden.

kann man am Postschalter kaufen. Auch Aufträge zum Aktienkauf an der Wiener Börse kann man dort erteilen. Aus über 2000 ehemaligen Postbeamten wurden zwischenzeitlich Bankprofis. Was die PSK qua Gesetz nicht darf, Privatkredite vergeben, dafür hat sie die PSK Bank. Diese verfügt zwischenzeitlich über 21 Filialen. Das Netz wird erheblich ausgebaut. Auch in Österreich hat man sich bereits auf das Allfinanzangebot eingerichtet. Die PSK ist mit der PSK Versicherungsdienst Ges. mbH, der PSK Leasing Ges. mbH und der PSK Datendienst Ges. mbH auch in diesen Bereichen vertreten.

■ **Magyaren mit Zukunfts-
■ Struktur**

Keine alten Zöpfe und Restriktionen belasten die 1988 gegründete ungarische POSTA BANK. Diese bietet ihre Dienstleistungen – dazu gehört alles, was das Bankgeschäft erlaubt – über rund 3200 Postämter in Ungarn an: Kurz- und langfristige Kredite, Leasing-Finanzierungen, Devisengeschäfte, Wertpapiergeschäfte sowie das Geldanlagegeschäft in allen Varianten.



■ **Aktivitäten auch in
■ Österreich**

In der Alpenrepublik gibt es gleich zwei Kreditinstitute unter dem Post-Label: Die Österreichische Postsparkasse (PSK) und deren 97prozentige Tochtergesellschaft, die P.S.K.-Bank. Die Österreichische Postsparkasse ist heute bereits das sechstgrößte Kreditinstitut des Nachbarlandes mit einer Bilanzsumme von 183 Milliarden Schilling. Bereits seit Jahren gehören Sparbriefe, Festgeldkonten, Investment-Zertifikate und die Vermittlung von Bausparverträgen zum täglichen Geschäft des PSK. Der von der PSK gemanagte Fonds PSK Rent ist einer der Beliebtesten und Meistverkauften in unserem Nachbarland. Doch nicht nur Fonds

■ **Volles Bankgeschäft
■ in Finnland**

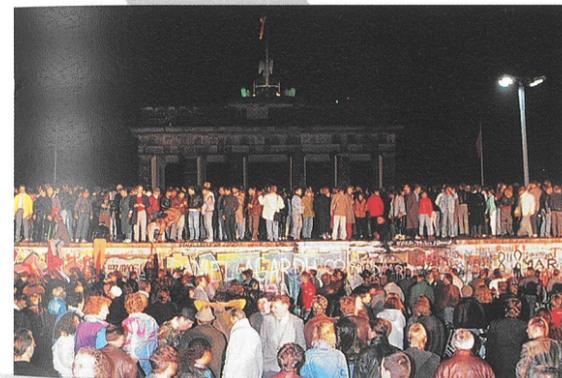
Die finnische Postipankki Ltd. ist mit Sicherheit die Postbank, die ohne Fusion mit anderen Instituten – wie beispielsweise in Holland – das Universal-Bankgeschäft am ausgeprägtesten vorangetrieben hat. Die nordische Postbank bietet neben den Dienstleistungen, wie sie etwa von der deutschen Postbank angeboten werden, die gesamte Palette des Privatkundengeschäftes sowie das Corporate und Investment Banking an. Hinzu kommt das Auslandsgeschäft. Die Postipankki verfügt über Banktöchter in England und den USA. Die von der finnischen Postbank angebotenen Investment-Fonds werden von einer eigenen Management-Gesellschaft verwaltet.

Deutschland

Zwei ganz zentrale Themen bestimmten das deutsche Bankenjahr 1990. Auf der einen Seite die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten mit der Ausweitung des Geltungsbereichs der D-Mark auf die neuen Bundesländer, die damit verbundenen Kosten und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten für die Finanzierung, auf der anderen Seite der durch das erste Ereignis sensibilisierte Blick der Finanzwelt auf den Gemeinsamen Europäischen Markt ab 1993.

Noch bevor die staatliche Einheit zwischen Rhein und Oder am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde, galt schon ab dem 1. Juli 1990 die D-Mark auf dem Gebiet der ehemaligen DDR als alleiniges Zahlungsmittel. Dadurch, insbesondere aber durch das Umstellungsverhältnis Ost-Mark zu D-Mark von durchschnittlich 1,83 : 1, wurde sofort der desolate Zustand der ostdeutschen Wirtschaft offengelegt. Trotz erster Ansätze zur Stabilisierung zum Jahresende lag das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern 1990 um rund 20 Prozent unter dem des Jahres 1989. Die Bundesregierung mußte deshalb die Folgen dieses Umstrukturierungsprozesses durch massive Transferzahlungen abmildern sowie den Prozeß der marktwirtschaftlichen Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft sowie die Modernisierung der Infrastruktur durch erhebliche Zuschüsse in die Wege leiten.

Vor allem infolge dieser Finanzierungslasten stieg das Defizit der deutschen Gebietskörperschaften 1990 auf rund 70 Milliarden D-Mark; für das Jahr 1991 wird mit einem Minussaldo von mindestens 150 Milliarden D-Mark gerechnet. „Unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten sind solche Defizite nicht unproblematisch“, konstatiert die Deutsche Bundesbank.



**Deutschland ist vereint!
Der Freude über die Einführung der D-Mark ist die nüchterne Betrachtung über die Finanzierung der Einheit gefolgt.
Die Umstrukturierung von Wirtschaft und Verwaltung in den neuen Bundesländern erfordert einen finanziellen Kraftakt ohne gleichen. Solidarität und Weitsicht sind jetzt gefragt.**

An den großen Börsenplätzen der Welt befürchtet man eine Schwächung der D-Mark.

Schon 1990 gehörte die D-Mark deshalb nicht mehr zu den gefragtesten Anlagewährungen. Ausländer kauften kaum noch deutsche Anleihen, am Kapitalmarkt mußten erstmals nach über einem Jahrzehnt für D-Mark-Anleihen höhere Zinsen gezahlt werden als für Dollar-Papiere.

Der Zinsabstand auch gegenüber den Währungen innerhalb des Europäischen Währungssystems wurde immer geringer, die Stabilität der D-Mark wurde über die Zinsen erkaufte. Während in anderen Ländern die Notenbanken die Zinsen

bei den Subventionen zur Rückführung der gegenwärtig außergerwöhnlich hohen Haushaltsdefizite muß in nächster Zeit eindeutig Priorität haben.“ Das stellt die Bundesregierung vor außergerwöhnliche Herausforderungen. Aber auch die Tarifpartner stehen in einer besonderen Verantwortung.

Im Ausland vertraut man zwar der Bundesbank in ihren Bemühungen um Stabilität, fürchtet jedoch, daß die Bundesrepublik in Zukunft nicht mehr im gewohnten Maße ein Hort der Stabilität sein könnte. Folge: Seit Mitte Februar 1991 hat sich der Preis des US-Dollar gegenüber der D-Mark um 20 Prozent erhöht, der japanische Yen ist um



senken konnten, erhöhte die Deutsche Bundesbank den Lombard-Satz im Herbst 1990 von 8 auf 8,5 Prozent. Zum 1. Februar 1991 wurde der Lombardsatz nochmals von 8½ auf 9 und der Diskontsatz von 6 auf 6½ Prozent erhöht. Damit wollte die Bundesbank ein Zeichen setzen, daß sie auch in Zukunft der Stabilität der deutschen Währung Priorität einräumen werde. Deshalb warnte die Notenbank auch: „Das Bemühen um Einsparungen von Ausgaben und besonders substantielle Einschnitte

rund zehn Prozent teurer geworden. Selbst gegenüber den übrigen EWS-Währungen hat die D-Mark an Wert verloren. Folge: Die Importe werden teurer und die Inlandspreise werden stärker als erwartet steigen.

Die Wiedervereinigung stellte alle deutschen Banken, insbesondere aber die Deutsche Bundesbank vor große, insbesondere technische Probleme. Das Bankensystem in den neuen Bundesländern war in einem desolaten Zustand. Ein elektronischer Zahlungsverkehr, wie er in den westlichen Bundesländern durchgeführt wird, und ohne den die Milliarden Überweisungen jährlich nicht durchgeführt werden können, existierte nicht. Zwischenzeitlich wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Bis aber die Postbank ihren Kunden in den neuen Ländern den gleichen Service wie im Westen bieten kann, wird noch einige Zeit vergehen.

Von der Kooperation zur Integration: Die Vereinigung der Deutsche Post Postbank der DDR mit der Postbank

25. Januar

- ▶ Konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Regierungskommission in Bonn
- ▶ Einrichten von Arbeitsgruppen, Zielformulierung

31. Januar

- ▶ Einrichten einer zusätzlichen Arbeitsgruppe „Finanzierungen“ durch den Bundesminister für Post und Telekommunikation

Februar

- ▶ Beginn von Sachlieferungen an die Deutsche Post Postbank
- ▶ Konteneröffnung für die Deutsche Post Postbank beim Postgiroamt Berlin

9./10. Februar

- ▶ Erstes Treffen der Arbeitsgruppe „Finanzierungen“ mit Vertretern der Deutsche Post Postbank in Berlin
- ▶ Vorbereiten grenzüberschreitender Postbank-Dienste
- ▶ Einrichten von gemeinsamen Unterarbeitsgruppen für Postgirodienst, Postsparkassendienst, Zahlungsanweisungs- und Postanweisungsdienst
- ▶ Abschluß einer Vereinbarung zur Abwicklung der Postpauschale

März

- ▶ Aufhebung der devisenrechtlichen Beschränkungen für Einrichtung und Führung von Sparkonten in der Bundesrepublik für DDR-Bürger

11. April

- ▶ Vereinbarungen mit dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR über Rückzahlungen aus Sparbüchern der Deutsche Bundespost Postbank in der DDR in Mark der DDR
- ▶ die Einführung des Post- und Zahlungsanweisungsdienstes in der DDR auf DM-Basis
- ▶ die Durchführung von wechselseitigen Leistungen im Postgirodienst

2. Mai

- ▶ Beginn der Rückzahlungen aus Postbank Sparbüchern in der DDR in Mark der DDR
- ▶ Vorhaben „Vereinheitlichung der Leistungen und Arbeitssysteme des Postgirodienstes und des Postscheckdienstes der DDR unter Einbeziehung eines 14. Postgiroamtes in der DDR“
- ▶ Erste Schulungsmaßnahmen für Führungskräfte der Deutsche Post Postbank

13. Mai

- ▶ Konstituierende Sitzung des Gemeinsamen Unternehmensausschusses Postbank in Berlin
- ▶ Verabredung zur Anpassung des Leistungsangebots der Deutsche Post Postbank an das der Postbank

17. Mai

- ▶ Sitzung der Gemeinsamen Regierungskommission in Berlin
- ▶ Neuordnung der weiteren Zusammenarbeit
- ▶ Vereinbarung, daß für die weitere Entwicklung das Poststrukturgesetz Leitlinie sein soll
- ▶ Beginn der Einführung des blauen Postsparbuches in der DDR als Pilotprojekt beim Postamt 2 Berlin (Ost)

Juni

- ▶ Beginn der Werbung in den neuen Bundesländern mit Anzeigen in Tageszeitungen, Plakaten und Prospekten

1. Juni

- ▶ Änderung der DDR-Postscheckkonto-Nummern in 10stellige Kontonummern und neuer BLZ

8. Juni

- ▶ Zweite Sitzung des Gemeinsamen Unternehmensausschusses Postbank in Bonn
- ▶ Vereinbarung der Spitzenverbände des Kreditgewerbes der Bundesrepublik Deutschland sowie der DDR, der Bundesbank, der Staatsbank der DDR, der Postbank und der Deutsche Post Postbank über die Abwicklung des Zahlungsverkehrs nach dem 1. Juli 90

27. Juni

- ▶ Herausgabe der ersten Kundeninformation über den Zahlungsverkehr mit der DDR

Juli

- ▶ Einsatz der ersten Kundenberater der Postbank zur Unterstützung der Postämter in der DDR und zur Schulung von 5 000 Schalterkräften

1. Juli

- ▶ Währungsumstellung in der DDR

2. Juli

- ▶ Ein- und Rückzahlungen in DM aus Postbank Sparkonten auf dem Gebiet der DDR
- ▶ Ausstellung von Postbank Sparbüchern in der DDR zu Konten mit gesetzlicher Kündigungsfrist und Konten zum Sparen mit festem Zins
- ▶ Umtausch von Sparbüchern der Deutsche Post Postbank in Postbank Sparbücher in der DDR auf Wunsch des Kunden
- ▶ Einstellung der Neuausgabe von gelben Postsparbüchern in der DDR

12. Juli

- ▶ Dritte Sitzung des Gemeinsamen Unternehmensausschusses Postbank in Potsdam
- ▶ Übernahme der Steuerung des Aktivgeschäftes und der Liquidität bei der Deutsche Post Postbank durch die Postbank
- ▶ Beginn der Unterstützung der Deutsche Post Postbank in den Bereichen Finanzen, Rechnungswesen, Wirtschaftsplan und Finanzbuchführung durch die Postbank
- ▶ Schaffung einer Einheit Marketing und Vertrieb unter Leitung der Postbank

2. August

- ▶ Rückzahlungen in DM aus gelben Sparbüchern der Deutsche Post Postbank in der Bundesrepublik

15. August

- ▶ Vierte Sitzung des Gemeinsamen Unternehmensausschusses Postbank in Bonn
- ▶ Beginn der Bearbeitung der Zahlenscheine aus der DDR durch die Postgiroämter Berlin und Nürnberg
- ▶ Festlegen der künftigen Standorte Berlin und Leipzig
- ▶ Genehmigen des Konzeptes für die Integration der Postscheckkonten der Deutsche Post Postbank in das Kontoführungssystem der Postbank
- ▶ Beginn der Aktion „training on the job“ für Kräfte der Deutsche Post Postbank in der Bundesrepublik

16. August

- ▶ Einsatz von Kräften der West-Postgiroämter in den Postscheckämtern Berlin, Magdeburg und Leipzig

24. August

- ▶ Beginn der Übernahme der Postscheckkonten der Deutsche Post Postbank in Berlin und Nürnberg

5. September

- ▶ Fünfte Sitzung des Gemeinsamen Unternehmensausschusses Postbank in Bonn
- ▶ Festlegen der erforderlichen Schritte für Überführungs- und Abwicklungsmaßnahmen im Hinblick auf die staatliche Vereinigung zum 3. Oktober 90

13. September

- ▶ Herausgabe eines Maßnahmenkatalogs zur Vereinigung mit der Deutsche Post Postbank

17. September

- ▶ Bereitstellung von Regelungen für die Aufnahme des Barauszahlungsverfahrens bei den Postämtern der Deutsche Post Postbank

19. September

- ▶ Beantragung der BLZ für das 14. Postgiroamt in Leipzig bei der Bundesbank

20. September

- ▶ Bereitstellung von Regelungen zur Eröffnung von Postbank Girokonten auf den bisherigen Antragsvordruckern der Deutsche Post Postbank; Teilnahme am ec-Verfahren

Oktober

- ▶ Beginn des Umtauschs gelber Sparbücher der Deutsche Post Postbank in blaue Sparbücher der Postbank

3. Oktober

- ▶ Herstellung der Einheit Deutschlands
- ▶ Überführung des Hauptpostscheckamts Berlin und des Postscheckamts Leipzig auf die Postbank und Abwicklung der Postscheckämter Erfurt, Dresden und Magdeburg
- ▶ Abwicklung der Generaldirektion Postbank und Unternehmensfinanzen der Deutschen Post; Übertragung der Aufgaben auf die Postbank

17. Oktober

- ▶ Überleitung der Postscheck- und Postspargirokonten bei den Postscheckämtern der ehemaligen DDR auf die Postgiroämter Berlin und Leipzig

31. Oktober

- ▶ Betriebsaufnahme für das abzuwickelnde Postscheckamt Magdeburg beim Postgiroamt Hamburg

15. November

- ▶ Betriebsaufnahme für das abzuwickelnde Postscheckamt Erfurt beim Postgiroamt Dortmund

19. November

- ▶ Betriebsaufnahme für das abzuwickelnde Postscheckamt Dresden beim Postgiroamt Hannover

23. November

- ▶ Regelung der Barabhebungen von Postbank Girokonten bei Auszahlungsstellen der ehemaligen DDR vom 1. Dezember 1990 an

3. Dezember

- ▶ Probetrieb des Postgiroamts Leipzig im Weststandard in der Betriebsstätte Nürnberg

6. Dezember

- ▶ Zuweisung des Grundstücks Rohrteichstr. 16 – 20, Leipzig, zur Erstellung eines Neubaus für das Postgiroamt Leipzig

18. Dezember

- ▶ Beginn der Eröffnung von Postbank Girokonten für Kunden mit Wohnsitz in der ehemaligen DDR. Eröffnung von Konten beim neuen Postgiroamt Leipzig

31. Dezember

- ▶ Abwicklung der Postscheckämter Erfurt, Magdeburg, Dresden Kontoführung und Verarbeitung des Zahlungsverkehrs wird von den Postgiroämtern Hannover, Hamburg und Dortmund übernommen. Nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sozialverträglich und auf Dauer anderweitig untergebracht werden

31. Dezember 90/1. Januar 91

- ▶ Umwandlung sämtlicher Postscheck- und Postspargirokonten der ehemaligen Deutsche Post Postbank in Postbank Girokonten zu den Bedingungen der Postbank; Überleitung auf die Postgiroämter Berlin und Leipzig

Guter Start in die 90er Jahre

Übersicht

Prägend für das Berichtsjahr der Postbank sind zwei Besonderheiten: 1990 war das erste Geschäftsjahr der durch das Poststrukturgesetz geschaffenen Bank; zugleich brachte die Vereinigung Deutschlands eine räumliche Ausweitung ihres Betätigungsbereichs mit neuen Chancen und Risiken.

Für das Geschäftsjahr 1990 werden zwei Abschlüsse erstellt, ein Abschluß West und ein Abschluß Ost. Dies ist zweckmäßig, weil sich die Geschäftstätigkeit der Postbank im Beitrittsgebiet nur auf das zweite Halbjahr erstreckte, und weil während dieses halben Jahres nicht nur die Buchungskreise, sondern infolge gesonderter Mindestreservehaltung und Bilanzstatistik auch die Geldströme getrennt gehalten wurden.

Der Jahresabschluß West umfaßt nur die Einrichtungen, Vermögens- und Kapitalbestände der Postbank, soweit sie im Bereich der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 unterhalten wurden. Er enthält folglich nur die bei diesen Einrichtungen entstandenen Aufwendungen und Erträge. Die Bestände und Wertbewegungen in diesem Gebiet werden in einem geschlossenen Buchungskreis abgebildet. Im Jahresabschluß West sind aber auch schon aus dem Beitrittsgebiet herrührende Bestände und Aufwands- und Ertragsanteile enthalten. So sind neue Spareinlagen von Kunden im Beitrittsgebiet von vornherein auf Konten der Postsparkassenämter Hamburg und München gebucht worden.

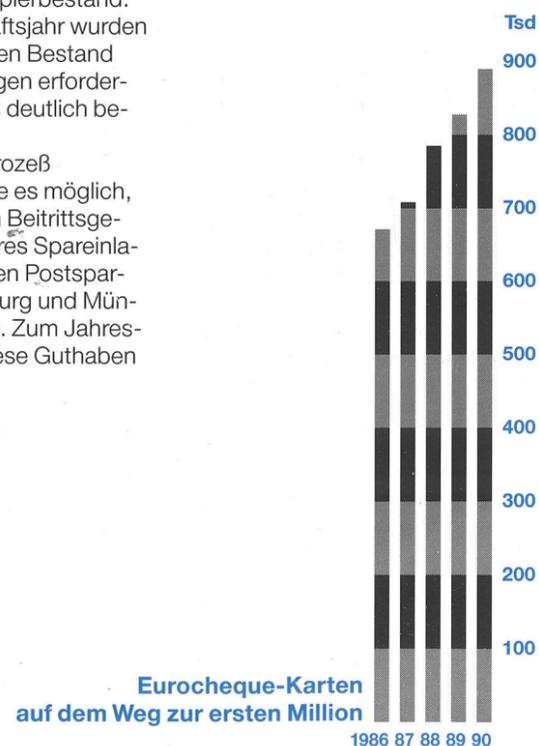
Demgegenüber steht der Buchungskreis des Beitrittsgebiets. Die entsprechenden Kapital- und Vermögensverhältnisse der Einrichtungen der Postbank im Beitrittsgebiet sowie die bei den Betriebseinheiten im Beitrittsgebiet aufgetretenen Erträge und Aufwendungen

Einlagenentwicklung 1986 – 1990					
	1986	1987	1988	1989	1990
	Mrd DM				
Spareinlagen					
mit gesetzlicher Kündigungsfrist	27,8	29,6	32,6	33,9	37,2
mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	8,4	8,6	8,0	7,0	5,9
Insgesamt	36,2	38,2	40,6	40,9	43,1
Sichteinlagen	17,5	17,8	20,8	20,5	21,6
Summe	53,7	56,0	61,4	61,4	64,7

sind Gegenstand des Jahresabschlusses Ost. Dieser Abschluß wird zum Herbst 1991 vorliegen und sodann mit dem vorliegenden Jahresabschluß konsolidiert werden.

Die neue Struktur der Postbank bedeutete für Buchführung und Bilanz den durch § 44 Abs. 1 Post-VerfG vorgegebenen Übergang zur Bilanzierung nach handelsrechtlichen Grundsätzen. Die Neubewertung nach dem strengen Niederwertprinzip erstreckte sich vor allem auf den Wertpapierbestand. Im laufenden Geschäftsjahr wurden auf den neubewerteten Bestand weitere Abschreibungen erforderlich, die das Ergebnis deutlich beeinflusst haben.

Der Vereinigungsprozeß Deutschlands machte es möglich, daß Kunden aus dem Beitrittsgebiet ab Mitte des Jahres Spareinlagen auf Konten bei den Postsparkassenämtern Hamburg und München tätigen konnten. Zum Jahresende beliefen sich diese Guthaben auf 1,5 Mrd DM.



Das Ergebnis West aus der laufenden Geschäftstätigkeit vor Ablieferung an den Bund und vor Abschreibungen fiel mit etwa 393 Mio DM deutlich besser aus, als bei der Planung anlässlich der Aufgliederung der Bundespost in die drei Postunternehmen erwartet worden war. Dieses Ergebnis reichte gleichwohl nicht aus, die Abschreibungen und die Ablieferung an den Bund zu decken, so daß sich insgesamt ein Verlust von 458 Mio DM ergab, der von Telekom im Wege des Finanzausgleichs glattgestellt wird.

Aus dem noch ausstehenden Ergebnis Ost erwarten wir keine negativen Rückwirkungen auf das konsolidierte Jahresergebnis.

Bilanzentwicklung

Die Bilanzsumme der Postbank West beträgt zum 31. 12. 1990 71,5 Mrd DM. Sie ist damit im Berichtsjahr um fast 3,5 Mrd DM oder um 5,1 Prozent gewachsen.

Das Volumen wird auf der Aktivseite mit 23,6 Prozent von der Wertpapierposition sowie mit 41,1 Prozent von den Ausleihungen an Postdienst und Telekom bestimmt.

Die Passivseite ist von den traditionellen Geschäftssparten geprägt. 33,4 Prozent des Volumens betreffen die Sichteinlagen, 60,3 Prozent die Spareinlagen.

Passivgeschäft

Die wirtschaftliche Entwicklung der Postbank wird wegen des fehlenden Kreditgeschäfts entscheidend vom Passivgeschäft beeinflusst. Das Passivgeschäft wiederum ist – abgesehen von den Kreditaufnahmen für die Schwesterunternehmen – auf das Giro- und das Spargeschäft beschränkt.

Die Zahl der Girokonten konnte um 137.000 auf 4,8 Mio Konten gesteigert werden. Die Zahl der ausgegebenen Eurocheque-Karten stieg um 63.900 auf 890.000.

Im Girogeschäft wurden 2,5 Mrd Transaktionen mit einem Last- und Gutschriftvolumen von 3 825,5 Mrd DM abgewickelt. Das entspricht einer Volumenssteigerung von 9,67 Prozent. Die Kunden unterhielten auf den Konten ein Durchschnittsguthaben von 16,7 Mrd DM. Am Bilanzstichtag belief sich das Guthaben auf den Girokonten auf 21,6 Mrd DM.

Im Spargeschäft betrug das Guthaben am Jahresende auf 23,2 Mio Konten insgesamt 43,1 Mrd DM. Das bedeutet einen Guthabenzuwachs im Berichtsjahr von 1,9 Mrd DM. Von dem Guthaben entfielen 1,5 Mrd DM auf Einlagen von Sparern aus dem Beitrittsgebiet und 1,7 Mrd DM auf Zinsgutschriften zum Jahresende.

Die Postbank übernimmt im Verbund die Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt für die Postunternehmen.

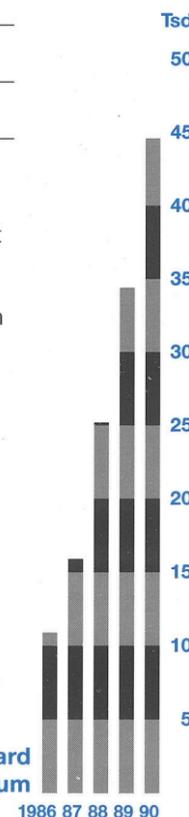
Im Geschäftsjahr wurden folgende Mittel am Kapitalmarkt aufgenommen:

Postanleihen	7 000 Mio DM
Postschatzanweisungen	483 Mio DM
Schuldscheindarlehen	820 Mio DM

Von diesen Mitteln entfielen auf die Postbank 83,0 Mio DM. Das ist 1,0 Prozent.

Der Postbank obliegt die Kurspflege für die Postanleihen. An den Kurserträgen und -aufwendungen wurden die Unternehmen Postdienst und Telekom anteilig beteiligt.

Eurocard mit verhaltenem Wachstum



Aktivgeschäft

Den Schwerpunkt des Aktivgeschäfts bilden zum einen die Liquiditätshaltung und die Investitionsfinanzierung für die Schwesterunternehmen und zum anderen die Anlage von Geldern der Postbank auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Die Sichteinlagen und die Spargelder wurden nach sogenannten Anlagegrundsätzen angelegt, die 1968 vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen nach Abstimmung mit dem Bundesminister für Finanzen und Wirtschaft und der Deutschen Bundesbank erlassen wurden. Diese Anlagegrundsätze sind eingehalten worden.

Nach diesen Grundsätzen sollen sich die Anlagewerte der Sichteinlagen zu mindestens 25 Prozent aus liquiden Anlagen, zu 30 Prozent aus beschränkt liquiden Anlagen und bis zu 45 Prozent aus schwerer liquidierbaren Anlagen zusammensetzen. Dabei ist das Durchschnittsguthaben einschließlich schwebender Verrechnungen der jeweils letzten drei Monate zugrunde zu legen. Ein Überschuß über das so errechnete Durchschnittsguthaben ist in liquiden oder in beschränkt liquiden Werten anzulegen.

Die Anlagewerte des Sparguthabens sollen sich dagegen zu mindestens 15 Prozent aus liquiden Anlagen, zu 25 Prozent aus beschränkt liquiden Anlagen und bis zu 60 Prozent aus schwerer liquidierbaren Anlagen zusammensetzen.

Nach den Grundsätzen hat die Postbank ferner die Möglichkeit, bis zu 40 Prozent der Sichteinlagen und bis zu 50 Prozent der Sparguthaben an die Unternehmen der

Deutschen Bundespost auszuleihen. Auch diese Anlagegrenzen wurden eingehalten. Der Stand dieser Ausleihungen an den Postdienst betrug am Bilanzstichtag 733,3 Mio DM, an die Telekom 25,4 Mrd DM. Die durchschnittliche Restlaufzeit dieser Ausleihungen belief sich auf 5,21 Jahre. Diese Mittel dienen der Investitionsfinanzierung.

Die restlichen Forderungen der Postbank an die beiden anderen Unternehmen setzen sich aus langfristigen Ausleihungen aus dem Eigenkapital der Postbank und aus kurzfristigen Ausleihungen aus dem Liquiditätsverbund der Postunternehmen zusammen.

Seit der Neustrukturierung der Deutschen Bundespost zum 1. 1. 1990 zahlen die Schwesterunternehmen für diese Kapitalleistungen marktübliche Zinsen an die Postbank. Damit sind die Kapitalleistungen, die früher im Verbund der Deutschen Bundespost im Rahmen der internen Leistungs- und Kostenrechnung abgegolten wurden, nunmehr Ertrags- bzw. Aufwandspositionen der Gewinn- und Verlustrechnungen der drei Schwesterunternehmen.

Gelddienste

Zu den Gelddiensten gehören der Postanweisungsdienst, der Zahlungsanweisungs- und der Zahlscheindienst. Diese Dienste sind hochdefizitär und finden nur hinsichtlich des Zahlscheindienstes eine Entsprechung im banküblichen Zahlungsverkehrsangebot.

Im baren Postanweisungs- und halbbaaren Zahlungsanweisungsdienst ist die Postbank Alleinanbieter. Damit hat sie insoweit ein faktisches Monopol inne, das aufgrund der hohen Kostenintensität und relativ geringer Gebühren erhebliche Verluste verursacht. Die Menge der über diese Gelddienste

Kontenentwicklung 1986 – 1990

	1986	1987	1988	1989	1990
	Mio Konten	Mio Konten	Mio Konten	Mio Konten	Mio Konten
Sparkonten					
mit gesetzlicher Kündigungsfrist	20,0	20,5	21,0	21,5	22,4
mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	1,1	1,0	1,0	0,9	0,8
Insgesamt	21,1	21,5	22,0	22,4	23,2
Girokonten	4,5	4,5	4,6	4,7	4,8
Summe	25,6	26,0	26,6	27,1	28,0

abgewickelten Transaktionen betrug im Berichtsjahr 23,5 Mio Stück. Das Zahlungsvolumen bei den Zahlungsanweisungen machte fast 21 Mrd DM aus.

Ertragslage

Im Berichtsjahr erzielte die Postbank Zinserträge in Höhe von 4.426,7 Mio DM. In dieser Position sind im wesentlichen Zinsen auf Wertpapiere von 1.253,5 Mio DM und Zinsen für Ausleihungen an die Schwesterunternehmen in Höhe von 2.105,30 Mio DM enthalten.

Demgegenüber stehen Zinsaufwendungen von 1.721,6 Mio DM, von denen der überwiegende Teil – 1.679,1 Mio DM – auf die Verzinsung der Spareinlagen entfällt.

Das Zinsergebnis beläuft sich auf 2.713,9 Mio DM.



In Höhe von 889,3 Mio DM wurden Provisionen vereinnahmt. Es handelt sich insbesondere um Gebühren für Kontoführung in Höhe von 306,3 Mio DM und für Zahlscheine in Höhe von 264,7 Mio DM.

Der Verwaltungsaufwand erreichte ein Volumen von 3.288,4 Mio DM. In dieser Position dominieren die Sachaufwendungen in Höhe von 2.007,4 Mio DM und die Personalaufwendungen in Höhe von 1.049,9 Mio DM.

Das vergleichsweise starke Gewicht der Sachaufwendungen hängt damit zusammen, daß in dieser Position die Abgeltungsbeiträge für die Leistungen der Postbank enthalten sind, die sie bei den Schwesterunternehmen Postdienst und Telekom in Anspruch nimmt. Der weitaus überwiegende Teil dieser Aufwendungen entfällt auf Zahlungen an den Postdienst in Höhe von 1.573,5 Mio DM.

Der Personalaufwand umfaßt die Gehälter, Löhne und sozialen Abgaben sowie die Aufwendungen für die Altersversorgung, nicht dagegen sonstige soziale Leistun-

gen wie Beihilfen. Im Jahresdurchschnitt waren 22.103 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Postbank beschäftigt, davon 4.089 als Teilzeitkräfte.

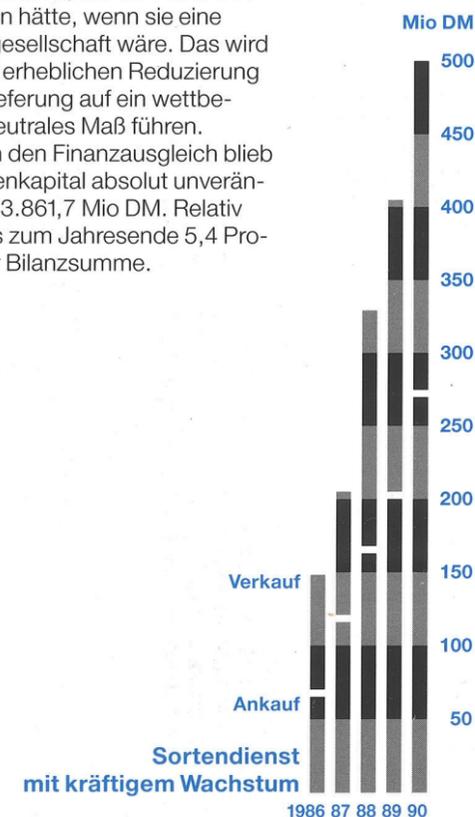
Die Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Als Folge des Anstiegs des Zinsniveaus schon zu Jahresbeginn waren auf den Wertpapierbestand erhebliche Abschreibungen vorzunehmen.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab sich im Berichtsjahr ein positives Ergebnis von 393 Mio DM.

Unter Berücksichtigung der übrigen Erträge und des neutralen Ergebnisses errechnet sich vor Ablieferung an den Bund jedoch ein Fehlbetrag von 188,9 Mio DM, der sich durch die Ablieferung von 269,5 Mio DM auf 458,3 Mio DM erhöht.

Bei der Ablieferung an den Bund handelt es sich um eine zehnprozentige Abgabe besonderer Art auf wesentliche Ertragspositionen. Von 1996 an wird sie nach der Steuerlast bemessen, die die Postbank zu tragen hätte, wenn sie eine Kapitalgesellschaft wäre. Das wird zu einer erheblichen Reduzierung der Ablieferung auf ein wettbewerbsneutrales Maß führen.

Durch den Finanzausgleich blieb das Eigenkapital absolut unverändert bei 3.861,7 Mio DM. Relativ sind das zum Jahresende 5,4 Prozent der Bilanzsumme.



Aus dem noch ausstehenden Jahresabschluß der Postbank für das Beitrittsgebiet erwarten wir keine negative Ergebniswirkung auf den Gesamtabschluß der Postbank.

Finanzausgleich

Nach der strukturellen Separierung der Postbank stellt sich die Frage, ob das Unternehmen schon im ersten Jahr seiner Geschäftstätigkeit die wettbewerbsrechtlichen Auflagen des § 37 Abs. 4 PostVerfG hat beachten können, wonach ein Finanzausgleich aus Monopoldiensten (der Telekom) zugunsten von Wettbewerbsdiensten (der Postbank) nur zulässig ist, wenn dadurch die Wettbewerbsmöglichkeiten anderer Unternehmen ohne sachlich gerechtfertigten Grund nicht beeinträchtigt wird.

Ohne die Ablieferung an den Bund in Höhe von 269,5 Mio DM verbliebe „vor Steuern“ die Notwendigkeit eines Finanzausgleichs in Höhe von 188,8 Mio DM. Für die beiden Produkte des baren Postanweisungs- und des halbbaaren Zahlungsanweisungsdienstes, die die Postbank als Alleinanbieter offeriert, sind nach den Ergebnissen der internen Leistungs- und Kostenrechnung fraglos Verluste entstanden, die eher größer sind als 188,8 Mio DM, so daß der Finanzausgleich insoweit nicht „ohne sachlich gerechtfertigten Grund“ geleistet wurde.

Der Finanzausgleich in Höhe von 458,3 Mio DM läßt sich also in voller Höhe auf die – im Vergleich zur normalen Steuerpflicht weit überhöhte – Ablieferung an den Bund und den nach § 37 PostVerfG zulässigen Ausgleich von Verlusten in dem faktisch nicht im Wettbewerb stehenden Postanweisungs- und Zahlungsanweisungsdienst der Postbank zurückführen.

Ohne diese beiden Sondereinflüsse hätte die Postbank demnach „vor Steuern“ trotz hohen Abschreibungsbedarfs bei den Wertpapierbeständen schon im ersten Jahr ihres Bestehens ein positives Ergebnis erzielt.

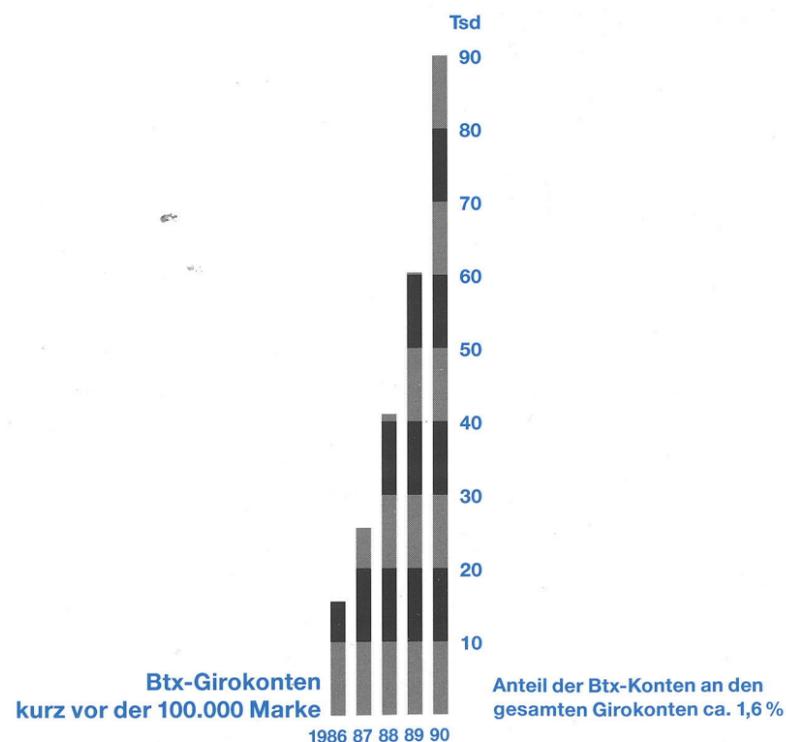
Diese Aussage gilt auch, wenn man die zwischen den drei Unternehmen geflossenen Zahlungsströme für zwischenunternehmerische Verrechnungen in die Betrachtungen einbezieht:

Neben den marktüblichen Zinsen in Höhe von 2.105 Mio DM für Ausleihungen an die Schwesterunternehmen (29,4 Mrd DM) hat die Postbank für Leistungen an die Schwesterunternehmen 339,9 Mio DM erhalten und für deren Leistungen zugunsten der Postbank 1.674 Mio DM bezahlt, davon 1.574 Mio DM an Postdienst, insbesondere für die Leistungen im Schalterverbund und für Porti.

Erstmals für das Geschäftsjahr 1991 werden die Wirtschaftsprüfer zu testieren haben, ob die vom Bundesminister für Post und Telekommunikation zur Einhaltung der Vorgaben des § 37 PostVerfG erlassenen Spielregeln zur Schaffung chancengleicher Wettbewerbsbedingungen und damit zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs von der Postbank eingehalten worden sind. Auch wenn dieses Testat somit noch aussteht, sind wir gleichwohl überzeugt, daß die genannten Spielregeln eines fairen Wettbewerbs auch schon im ersten Jahr der Geschäftstätigkeit der Postbank „unter dem Strich“ eingehalten worden sind, wenn man die Summe der Zahlungsströme, nicht einzelne Positionen zum Maßstab nimmt.

Ausblick

Wir müssen wegen der sich abzeichnenden Verengung der Zinsspanne und der Kostensteigerungen davon ausgehen, daß sich das günstige Teilbetriebsergebnis des Berichtsjahres im laufenden Geschäftsjahr nicht erneut erreichen läßt. Auf der anderen Seite sehen wir für das laufende Geschäftsjahr keinen Abschreibungsbedarf in der Vorjahreshöhe. Wir rechnen daher für das laufende Geschäftsjahr mit einem geringeren Ausgleichsbedarf als in 1990. Die Planungen sehen für 1991 mit Hilfe eines erneuten Finanzausgleichs von Seiten der Telekom wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Im übrigen erwarten wir, daß die Postbank nach einem mittelfristigen Anpassungsprozeß durch Erweiterung der Produktpalette, Steigerung der Erträge und Reduzierung der Kosten eines Finanzausgleichs nicht mehr bedürfen wird.



Prof. Dr. Wolfgang Kartte
Präsident des
Bundeskartellamtes,
Berlin

„Konkurrenz belebt das Geschäft“

In einer Marktwirtschaft ist der Wettbewerb das zentrale Lenkungs- und Ordnungselement. Die Konkurrenz am Markt soll die Versorgung der Bürger mit den gewünschten Gütern zu möglichst niedrigen Preisen garantieren. Sie soll den technischen Fortschritt zur Herstellung besserer Produkte beschleunigen. Und sie soll die Leistungen der Menschen und damit die Förderung des volkswirtschaftlichen Wohlstands stimulieren.

Wir haben immer versucht, diesen Wettbewerb aufrechtzuerhalten, der uns allen einen kaum für möglich gehaltenen wirtschaftlichen Aufschwung wie ein Höchstmaß an

persönlicher Freiheit und individueller Gestaltungsmöglichkeiten gebracht hat. Dies gilt für Unternehmen ebenso wie für den einzelnen Bürger, der vom Wettbewerb, beispielsweise auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, profitiert. Umso mehr müssen wir aufpassen, daß wir unsere derzeit günstige Position nicht durch Lässigkeit gegenüber dem Markt aufs Spiel setzen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind vor allem stabiles Geld, offene Märkte – nach innen und außen – und möglichst viel Wettbewerb statt staatlicher Industriepolitik unverzichtbar, wenn es uns allen, Verbrauchern und Unternehmen, heute gut und morgen besser gehen soll.

Von den Postbankdiensten zur Postbank

1985:

Die Bundesregierung will prüfen „ob für die Hoheits- und Unternehmensaufgaben der Deutschen Bundespost neue Strukturen gefunden werden können, die ein rascheres Reagieren auf technische, wirtschaftliche und politische Entwicklungen ermöglichen.“

Dazu wird die „Regierungskommission Fernmeldewesen“ eingesetzt.

1986:

Seit Jahresbeginn werden die Postbankdienste in einer eigenständigen Abteilung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen geführt. Damit soll die Bedeutung dieses Unternehmensbereichs dokumentiert werden.

„Die weitere Anpassung der Dienstleistungen der Postbankdienste an die Kundenwünsche und Marktverbesserungen bewegt sich streng innerhalb des bestehenden legislativen Rahmens. Eine Weiterentwicklung in Richtung Vollbank ist ausgeschlossen; einen Einstieg in das Kreditgeschäft wird es erklärtermaßen nicht geben. Trotzdem bedarf es innovativer Anstrengungen, um auch in Zukunft die Marktposition der Postbankdienste zu sichern.“

1987:

Die Regierungskommission Fernmeldewesen legt ihren Bericht vor. Eines der Ergebnisse:

„Damit auch die Deutsche Bundespost sich erfolgreich an den Wettbewerbsmärkten beteiligen kann, sieht das Reformvorhaben eine Neuorganisation vor. Außer einer Flexibilisierung des Personalwesens bei der Deutschen Bundespost soll insbesondere die Trennung der hoheitlichen und der betrieblichen Funktionen und die organisatorische Verselbständigung der Tätigkeitsbereiche Fernmeldedienste, Postdienste und Postbankdienste zur Konkurrenzfähigkeit der Deutschen Bundespost beitragen.“

1988:

Mit der Vorlage des Gesetzentwurfs zur Reform des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost trägt die Bundesregierung „der Erkenntnis Rechnung, daß die seit mehr als sechs Jahrzehnten unverändert gebliebenen Strukturen des Post- und Fernmeldewesens nicht mehr in der Lage sind, die immer differenzierteren Anforderungen der Kunden zu erfüllen.“

1. 7. 1989:

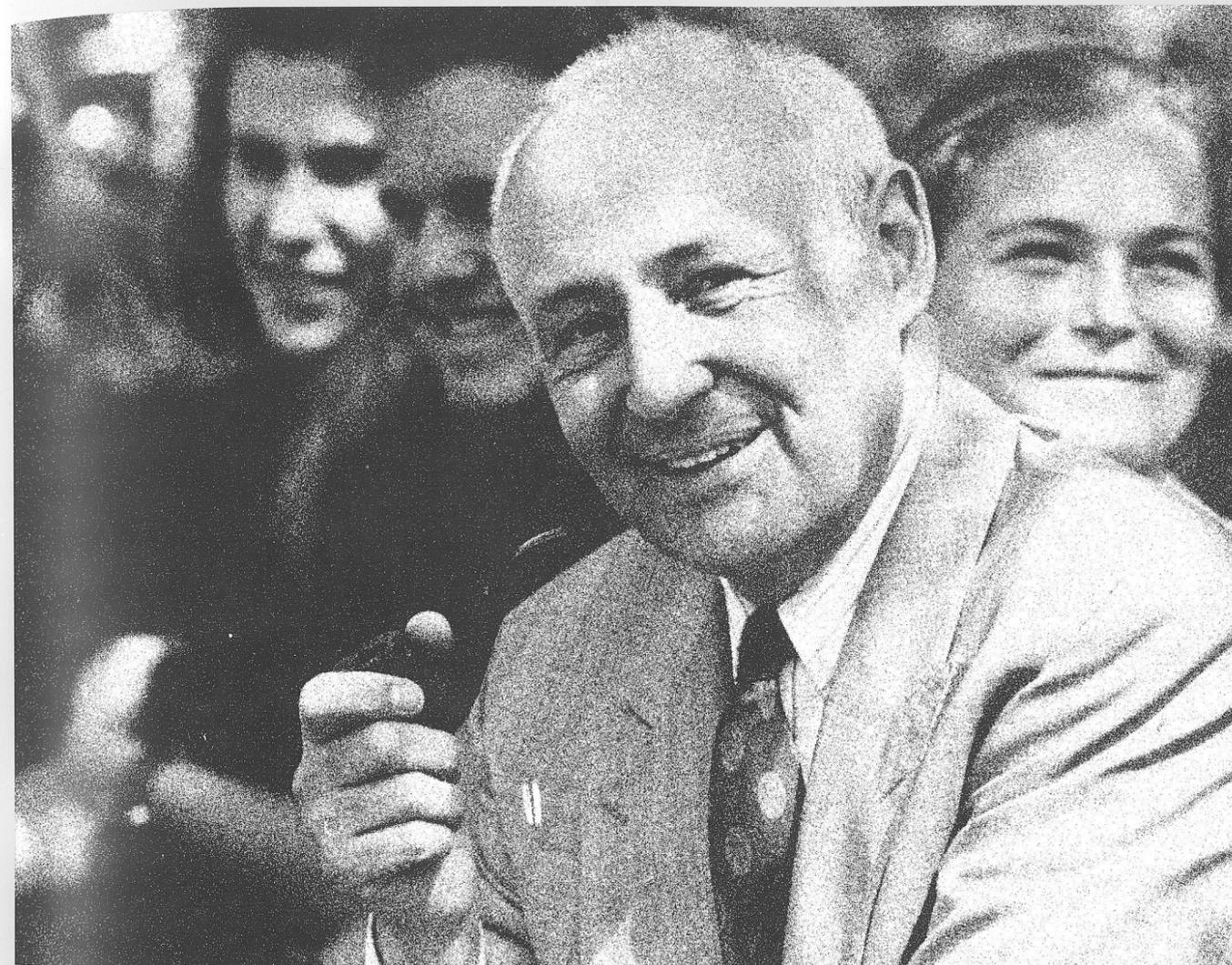
Das „Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost“ (Poststrukturgesetz) tritt in Kraft. Damit fügt sich die Bundesrepublik Deutschland in eine Reformbewegung ein, die in anderen wichtigen Industrieländern bereits innerhalb der letzten Jahre oder Jahrzehnte aufgegriffen wurde.

Kernpunkte der Reform:

- Herauslösung der Deutschen Bundespost aus dem unmittelbaren Regierungsbereich durch die Trennung der Verantwortungsbereiche von Vorstand und Aufsichtsrat einerseits und Ministerium andererseits;
- Offenlegung der politischen und infrastrukturellen Vorgaben;
- größerer Freiraum für ein Handeln nach marktwirtschaftlichen Prinzipien;
- Leitung der Unternehmen der Deutschen Bundespost durch Vorstände als Kollegialorgane; Erhöhung der Effizienz in der Leitung von drei unterschiedlich am Markt operierenden Unternehmen;
- größere Beweglichkeit im personellen und finanziellen Bereich.

1. 1. 1990:

Die Postbank nimmt ihren Geschäftsbetrieb auf. Eine junge, aber traditionsreiche Bank stellt sich dem Wettbewerb.



„Bankdienstleistungen werden zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor“

Prof. Dr. Joh. Heinr. v. Stein
Universität Hohenheim,
Lehrstuhl für Kreditwirtschaft,
Stuttgart

Die deutsche Kreditwirtschaft steht in den 90er Jahren vor neuen Herausforderungen. So werden die Veränderungen im Altersaufbau und in der Vermögensstruktur der Privatkunden insbesondere das bilanzneutrale Dienstleistungsgeschäft begünstigen und die Bedeutung der traditionellen Sparprodukte vermindern. Viele Kunden der sogenannten Erbgeneration wachsen zu vermögenden Privatkunden heran, die gehobene Ansprüche an die Leistungen der Kreditinstitute stellen.

Daneben wird das Zusammenwachsen des Europäischen Binnenmarktes einen hohen Wettbewerbsdruck nach sich ziehen. Darauf müssen sich alle Banken in ihrer Unternehmungsphilosophie und in ihrem Marketing einstellen. Eine Unternehmungsführung nach anerkannten bankwirtschaftlichen Grundsätzen ist dabei gerade für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute ebenso wichtig wie die Transparenz des Zahlenwerkes nach innen und außen.

Die Aufgabe

Das erklärte Ziel der Reform ist es, durch eine marktorientierte Organisation die Leistungsfähigkeit der Unternehmen im Wettbewerb zu stärken, die neuen Unternehmen in die Lage zu versetzen, die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen und sie auf den europäischen Binnenmarkt 1993 optimal auszurichten.

Das spiegelt sich auch im Aufgabenkatalog der Postbank wider.

Die Aufgaben sind im Poststrukturgesetz, gewissermaßen der Satzung des Unternehmens, niedergelegt. Danach hat die Postbank:

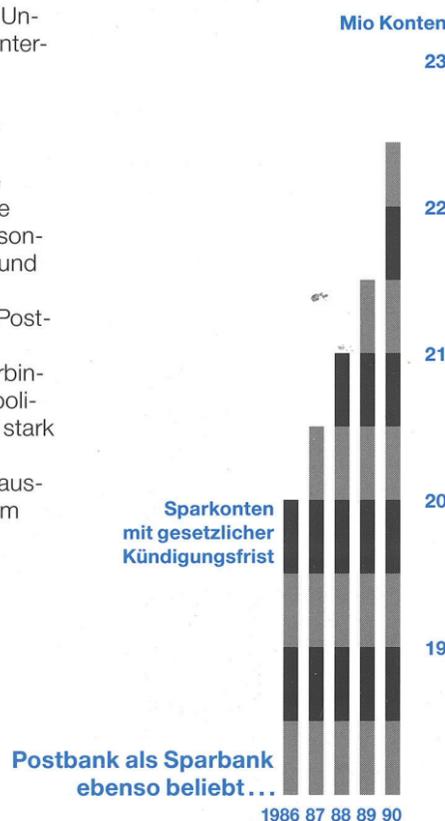
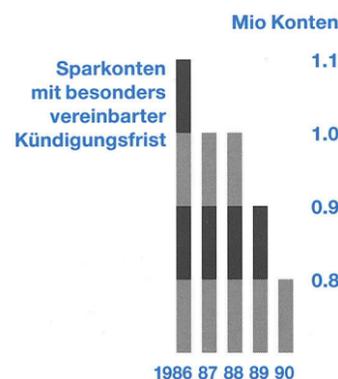
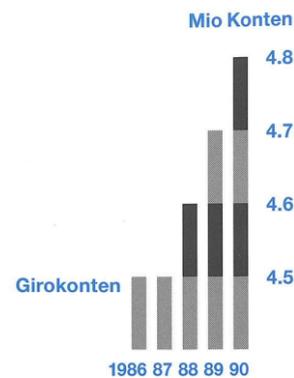
- die Nachfrage nach Leistungen der Postbank zu decken,
- die Dienste unter Berücksichtigung der Markterfordernisse entsprechend der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung zu gestalten,
- einen angemessenen Gewinn zu erzielen.

Diese Aufgaben vor Augen hat die Postbank erste, vorläufige Unternehmensgrundsätze und Unternehmensziele formuliert:

Die Postbank

– ist eine kundenorientierte Spezialbank für standardisierte Finanzdienstleistungen, insbesondere für den Zahlungsverkehr und das Einlagengeschäft; zugleich ist sie Hausbank der Postunternehmen

- ist eine attraktive Bankverbindung, solide in der Geschäftspolitik, sicher für den Kunden und stark und preiswert in der Leistung
- ist erwerbswirtschaftlich ausgerichtet und stellt sich voll dem Wettbewerb



- ist eine innovative Bank. Sie wird sich kunden- und bedarfsorientiert weiterentwickeln
- nutzt national die Vorteile aus dem Verbund mit den Unternehmen Postdienst und Telekom. International arbeitet sie partnerschaftlich mit anderen Postbanken und mit den Finanzdiensten der Postorganisationen zusammen
- ist eine kooperativ geführte Bank. Sie erwartet von ihren Mitarbeitern unternehmerisches Denken und Handeln.

Aus dem so formulierten Selbstverständnis und den Unternehmensgrundsätzen sind die Ziele abgeleitet. Die Postbank will:

- einen angemessenen Gewinn erwirtschaften
- unter Einsatz modernster Technologie ihr betriebliches Kosten-Nutzenverhältnis optimieren
- innovativ und professionell auf die Kundenbedürfnisse zugeschnittene Produkte und Leistungen zu wettbewerbsgerechten Preisen anbieten
- die sich ihr bietenden Verbundeffekte national und international effizient nutzen
- in ihren Marktsegmenten einen angemessenen Marktanteil erringen und festigen
- durch entsprechende Bildungsmaßnahmen ein wettbewerbsfähiges Qualifikationsniveau ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten
- nach innen und außen ihre Corporate Identity signalisieren und umsetzen
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassend über „ihr“ Unternehmen informieren und so die Identifikation mit der Postbank herstellen.

Die Rahmenbedingungen

Der Weg zur Verwirklichung der Unternehmensziele wird entscheidend von Rahmenbedingungen beeinflusst, welche die Postbank nicht oder nur in begrenztem Maße verändern kann.

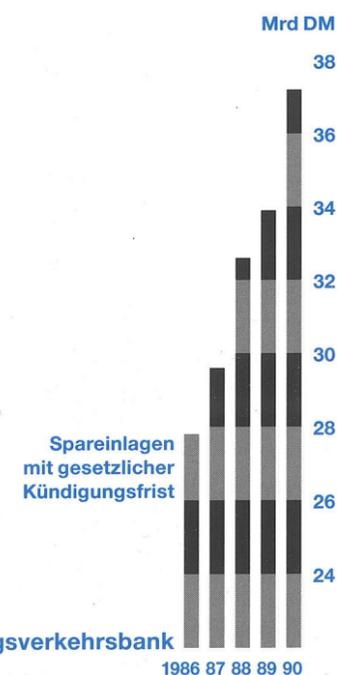
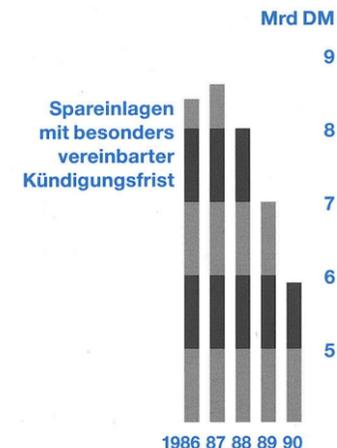
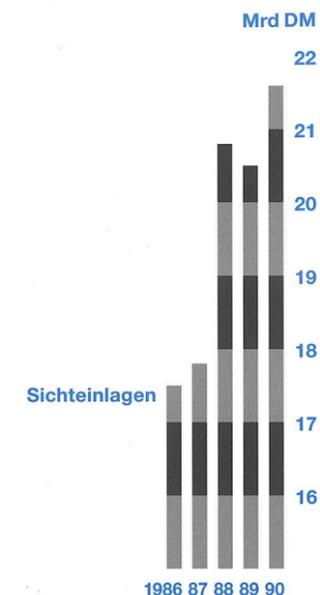
Vorgegeben durch das Poststrukturgesetz ist die Organisationsstruktur. Unternehmen und Ministerium sind voneinander getrennt, hoheitliche und politische Aufgaben obliegen dem Ministerium. Die Postbank kann sich voll auf den unternehmerischen Auftrag konzentrieren.

Die Unternehmensleitung ähnelt in Aufbau und Gliederung der Aktiengesellschaft mit Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Postbank ist aber weiterhin ein öffentliches Unternehmen mit Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, also auch mit öffentlich-rechtlicher Tarifstruktur, und sie ist weiterhin Sondervermögen des Bundes.

Die durch den Markt gesetzten Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren dramatisch und zum Nachteil der Postbank verändert.

Die Bedeutung der privaten Haushalte als Nutzer von Finanzdienstleistungen hat aufgrund ihrer stark gestiegenen Geldvermögen in außerordentlichem und zuvor nie gekanntem Ausmaß zugenommen. Infolgedessen werden sie zunehmend nicht nur von Banken und Versicherungen, sondern auch von sogenannten non und near banks mit Finanzdienstleistungen umworben. Gleichzeitig ist eine große Viel-



falt von Angeboten zu beobachten, insbesondere auch auf den beiden für die Postbank wichtigsten Geschäftsfeldern, dem Zahlungsverkehr und dem Einlagengeschäft.

Früher nur von wenigen genutzte Finanzdienstleistungen werden mittlerweile von breiten Bevölkerungsschichten genutzt. Das gilt für Wertpapiere, Investmentzertifikate, Kapital-Lebensversicherungen ebenso wie für Festgelder und Sparbriefe. Die Postbank hatte 1990 keines dieser Produkte in ihrem Angebot.

Ähnliche Entwicklungen sind im Zahlungsverkehr zu verzeichnen. Zahlungsreserven in Form von Überziehungslimiten gehören heute zur selbstverständlichen Ausstattung von Privatkonten, Kreditkarten werden als ein zweites Zahlungsverkehrssystem zunehmend akzeptiert. Auch diese Entwicklung ist an der Postbank vorbeigegangen.

Der Grund dafür liegt in den in der Vergangenheit immer wieder geltend gemachten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine Anpassung der Produktpalette an die veränderte Marktsituation.

Diese sind als Rahmenbedingungen insoweit anzuerkennen, als sie das Individualkreditgeschäft und eine Tätigkeit als Vollbank betreffen. Beides strebt die Postbank nicht an.

Verfassungsrechtliche Restriktionen können jedoch nicht anerkannt werden, soweit sie die Angebote der Postbank auf das Sparen im Sinne des § 21 KWG beschränken und eine Anpassung der Bedingungen des Postbank Girokontos an den heutigen Bedarf der Kunden verhindern würden.

Die verfassungsrechtlich gewollte Begrenzung der Postbankangebote darf nicht zu einer Versteinerung führen. Das würde bedeuten, daß die Postbank ihre Dienste nicht unter Berücksichtigung der Markterfordernisse entsprechend der wirt-

schaftlichen und technischen Entwicklung gestalten kann, und es würde auch bedeuten, daß sie in einer durch Allfinanzangebote geprägten Wettbewerbssituation Gewinne nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen erzielen könnte.

Die Postbank könnte also ihren Auftrag nicht erfüllen und am Markt nicht überleben.

Deshalb muß die Postbank immer wieder vor dem Hintergrund des Marktes den Rahmen des verfassungsrechtlich Erlaubten neu ausloten und unter voller Nutzung der Freiräume die gewachsene Produktpalette markt- und kundengerecht innovieren und weiterentwickeln.

Die Postbank darf nicht gezwungen werden, mit Fußfesseln am Wettbewerb teilzunehmen. Auch die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen bieten hierfür keine Gründe. Die Postbank ist eine öffentlich-rechtliche Bank, die wie die anderen Banken dieses Sektors voll im Wettbewerb mit den privaten und genossenschaftlichen Banken steht.

Die Postbank wird weder vom Postdienst noch von Telekom subventioniert. Die von den Unternehmen füreinander erbrachten Leistungen werden zu angemessenen Preisen abgegolten. Für Leistungen, für die es Marktpreise gibt, wie z. B. für Porto und Telefon, Kontoführung und Zinsen werden die Marktpreise in Rechnung gestellt.

Das Eigeninteresse der Unternehmen, die alle drei gleichermaßen verpflichtet sind, Gewinn zu erzielen, ist ein dauernder Antrieb zur Einhaltung dieser Regeln, die im übrigen ab dem Geschäftsjahr 1991 von den Wirtschaftsprüfern, die den Jahresabschluß zu testieren haben, überprüft werden.

Der nach dem Poststrukturgesetz zulässige Finanzausgleich ist ordnungspolitisch ebenfalls nicht zu beanstanden, da er nicht ohne sachlich gerechtfertigten Grund zum Nachteil von Wettbewerbern in Anspruch genommen werden darf.

Auch das Bundeskartellamt sieht keine Ansätze für eine ordnungspolitische Einengung der Geschäftstätigkeit der Postbank. Unter ordnungspolitischen und auch wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten dürfte die Postbank schon heute überhaupt keinen Restriktionen mehr unterliegen.

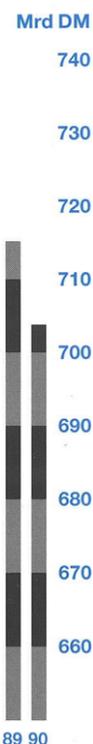
Grundsätze der Geschäftspolitik

Produkt-, Preis- und Vertriebspolitik müssen die Rahmenbedingungen, den Entwicklungszustand der Bank, den Verbundvertrieb mit dem Unternehmen Postdienst und natürlich auch die Konzentration des Unternehmens auf die Geschäftsfelder Zahlungsverkehr und Einlagengeschäft gleichermaßen beachten.

Der derzeitige Entwicklungsstand der Bank legt es nah, die Vorteile der Konzentration zu suchen und zu nutzen.

Die Produkte der Postbank müssen möglichst einfach sein. Sie sollen über die Werbung gut vorzukaufen sein und ohne hohen Erklärungsbedarf in Anspruch genommen werden können.

Bei der großen und breit gefächerten Kundschaft der Postbank wird es darauf ankommen, nicht für jeden alles Denkbare, sondern für alle ein möglichst umfassendes Produktspektrum anzubieten, das geeignet ist, den Grundbedarf an Finanzdienstleistungen zu decken.



Dr. Günter Hörmann
Arbeitsgemeinschaft der
Verbraucherverbände,
Bonn

„Drei Thesen zur kundenfreundlichen Bank“

Ebenso, wie beim Kreditgeschäft der effektive Jahreszins angegeben wird, sollte der private Kunde die Möglichkeit haben, die Preise im Zahlungsverkehr leicht zu vergleichen, zum Beispiel durch „Jahresgesamtpreise“ für standardisierte Modellkonten.

Absolut unverzichtbar ist eine moderne Datenverarbeitung, die eine kundenfreundliche und zeitgemäße Abwicklung des Zahlungsverkehrs ermöglicht.

Die Änderung des Kreditwesengesetzes über die Spareinlagen sollten die Kreditinstitute zur Entwicklung attraktiver, einfacher Anlagenprodukte nutzen. Sie sollten auch den Mut aufbringen, neue Wege zu gehen, um im Binnenmarkt '93 bestehen zu können.

Die Preispolitik der Postbank wird sich künftig stärker am Markt und an den Kosten orientieren. Schon aus diesem Grund werden defizitäre Produkte wie Postanweisungs- und Zahlungsanweisungsdienst immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Keinesfalls aber wird die Postbank eine Hochpreispolitik verfolgen. Das widerspräche dem Selbstverständnis der Bank und wäre im übrigen mit Blick auf die Marktgegebenheiten wenig aussichtsreich.

Der Preis ist und soll ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil der Postbank bleiben. Andererseits darf die eigene Leistung bei der Preisbildung aber nicht zu gering eingeschätzt werden. Das gilt auch für die längst überholten alten Formen des Bargeldtransports, für den der Preis zum Lenkungsinstrument werden muß.

Im Vertrieb wird die Postbank nicht nur die bestehenden Wege intensivieren und effizienter machen, sondern auch neue Wege gehen.

Die Anbindung an die Schalter des Schwesterunternehmens Postdienst bleibt das Fundament des Vertriebs. Dadurch können Verbundvorteile weiter genutzt werden.

Für die Kunden bedeutet die hohe Präsenz im Markt leichte und bequeme Erreichbarkeit der Postbank vor Ort.

Da insoweit dem Vertrieb über den Schalter eine große Bedeutung zukommt, muß die EDV-technische Unterstützung der dort arbeitenden Menschen ausgebaut werden.

Eine weitere Verbesserung der Vertriebssituation vor Ort könnte durch eigene „blaue Schalter“ und shop-in-shop-Lösungen der Postbank erreicht werden.

Leichtere Erreichbarkeit der Angebote der Postbank wird auch durch die Forcierung des Selbstbedienungsangebots angestrebt. Das gleiche Ziel verfolgen die Bemühungen um die Ausdehnung des Btx-Homebankings unter den Kunden der Postbank und die aktive und konsequente Nutzung des Direktmarketing.

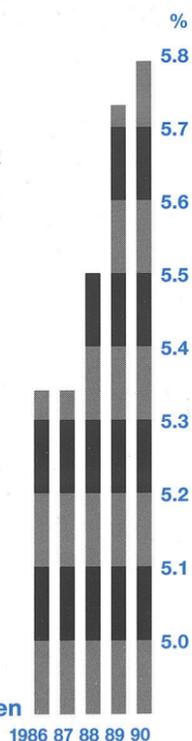
Schließlich werden Kundenberater das Vertriebssystem der Postbank ergänzen.

Geschäftskundenberater werden als Hauptaufgabe weiterhin die Direktberatung von Kunden haben.

Privatkundenberater werden als Multiplikatoren in das Unternehmen Postdienst hineinwirken und dort den Vertrieb der Postbankprodukte unterstützen. Sie werden also überwiegend als Vertriebsberater tätig sein. Dieser Aufgabe wird mittel- und langfristig größere Bedeutung zukommen als der direkten Kundenberatung.

„Postbank 2000“ – eine Vision

Auf dem Weg in das nächste Jahrtausend wird die Postbank Schritt für Schritt die neuen Konzepte für Marketing-, Vertriebs- und Preispolitik sowie die Datenverarbeitung umsetzen, die rechtlichen Grenzen immer wieder ausloten und ihr Produktangebot rechtzeitig an die sich stetig verändernden Märkte anpassen. Dabei wird die Postbank mehr und mehr als eigenständiges Unternehmen in Erscheinung treten.



Marktanteile der Postbank Spareinlagen

1986 87 88 89 90

Für die Konturen der Postbank zur Jahrhundertwende dürften folgende Aspekte bestimmend sein:

- Die Postbank ist nach wie vor ein Spezialinstitut für Zahlungsverkehr und Einlagengeschäft.
- Postbank und Postdienst arbeiten weiter im Verbund.
- Das Direktmarketing der Postbank hat einen bedeutenden Platz im Vertriebsmix eingenommen.
- Neue Finanzdienstleistungen tragen zur Sicherung der Kundenbeziehungen und zur Steigerung der Erträge bereits in nennenswertem Umfang bei.
- Wertpapiere gehören zum Angebot der Postbank, nicht jedoch die Wertpapierberatung und das Depotgeschäft.
- Kapitallebensversicherungen ergänzen das Angebot von Sparprodukten.

1990: Ein Jahr unternehmerischer Grundlagenarbeit

Das abgelaufene Geschäftsjahr stand ganz unter dem Einfluß der deutschen Vereinigung und der daraus resultierenden Integration der Deutschen Post Postbank der ehemaligen DDR mit der Postbank.

Dadurch wurden die Zahlen eines erfolgreichen Geschäftsjahres beinahe zum Randthema. 1990 war zugleich das „Jahr 1 der Eigenständigkeit“, verbunden mit dem Aufbruch in neuen Strukturen und der Weichenstellung für die nächsten Jahre, insbesondere im Marketing, Vertrieb und in der Datenverarbeitung.

1989 waren die ersten Schritte unternommen worden mit dem Ziel



Rüdiger Szallies
Geschäftsführer der
GfK Marktforschung,
Nürnberg

„Die Zeiten ändern sich – und damit auch der Bankkunde“

Der Konsument der 90er Jahre ist besser informiert, kritikfähiger und selbstbewußter geworden. So stirbt auch der gute alte Sparer westdeutscher Prägung aus. Er wandelt sich zum „Mini-Kapitalisten“, der ganz neue Ansprüche an die deutschen Kreditinstitute stellt. Die Bankkunden begnügen sich nicht mehr mit dem niedrigen Spareckzins, sondern haben ihr Anlageverhalten geändert und operieren zunehmend mit Termingeldern, Wertpapieren und anderen Anlageformen, um eine optimale

Rendite zu erzielen. Dabei sind die heutigen Kunden ihren angestammten Kreditinstituten immer weniger treu und offener für die Ansprache von Dritten. Die Leistungsfähigkeit einer Bank gegenüber ihren Kunden rückt verstärkt in den Mittelpunkt des Kundeninteresses. Diese Entwicklung wird sich – vor dem Hintergrund stetig wachsender Vermögen in Privathand – in der Zukunft fortsetzen.

Struktur der Spareinlagen 1990

	Konten (Stück)	Anteil (%)	Guthaben (TDM)	Anteil (%)
Mit gesetzlicher Kündigungsfrist				
Gesetzliche Kündigungsfrist	21.284.835	91,5	25.649.954	59,5
Sparen mit wachsendem Zins	639.002	2,7	5.906.348	13,7
Sparen mit festem Zins	519.220	2,3	5.674.488	13,2
Insgesamt	22.443.057	96,5	37.230.790	86,4
Mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist				
	826.253	3,5	5.863.307	13,6
schwebende Verrechnungen				
			45.803	
Summe	23.269.310	100,0	43.139.900	100,0

– zielgruppenorientiert anstatt betriebs- und produktorientiert zu arbeiten, also das Privatkunden-segment vom Geschäftskunden-segment zu trennen und
– Marketing und Vertrieb auch zu verselbständigen.

1990 wurde der Aufbau eines Produkt-Managements für beide Sparten nachhaltig vorangetrieben.

Grundlage der Marketingplanung war eine Reihe von Untersuchungen im Bereich der quantitativen und qualitativen Marktforschung, die Aufschluß über Profil und Erwartungen derzeitiger und potentieller Postbank-Kunden lieferten.

Der überproportionale Anteil besser verdienender Kunden mit überdurchschnittlichem Ausbildungs- und damit auch Anspruchsniveau macht die Nachteile der Restriktionen deutlich, denen das Unternehmen Postbank in seiner Produktpolitik heute unterliegt.

So stieg zwar die Zahl der Postbank Girokonten um 3,2% von 4,68 Millionen in 1989 auf 4,83 Millionen in 1990 (darin enthalten sind 49.000 Girokonten aus den neuen Bundesländern), eine umfassendere Nutzung als Drehscheibe für den Zahlungsverkehr scheiterte aber immer wieder an der fehlenden Überziehungsmöglichkeit, die einen erheblichen Wettbewerbsnachteil darstellt.

Dies belegt auch die Entwicklung im Karten-Angebot der Postbank. So konnte zwar die Zahl ausgegebener Eurocheque-Karten von 1989 auf 1990 um 7,5% von 828.000 auf 890.000 Stück gesteigert werden, was aber in Relation zu gut 4,2 Millionen privater Girokonten absolut unzureichend ist.

Ähnlich ist das Ergebnis, wenn man die Kreditkartennutzung der Postbank-Kunden untersucht. 1989 waren es 34.400, 1990 stieg die Zahl vermittelter Eurocards um 30% auf 44.500. Allein betrachtet, ein kräftiges Wachstum, aber: nur 0,9% der privaten Postbank Girokunden können dieses Zahlungsprodukt nutzen.

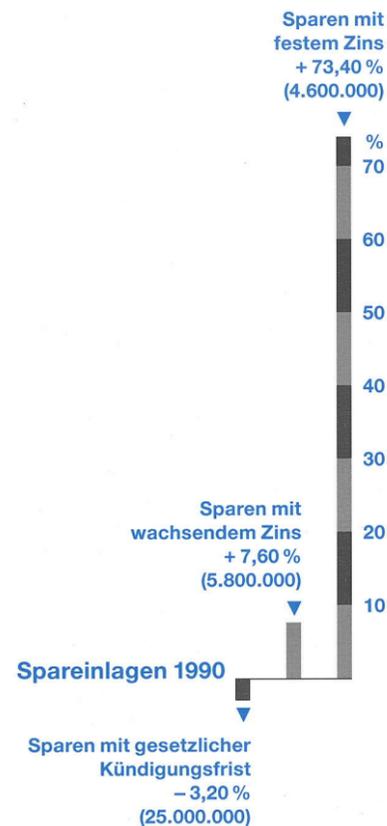
Die immer wieder von den Kunden verlangte Modernisierung des Girokontos um die Einräumung einer Überziehungsmöglichkeit stand 1990 im Zentrum der Marketing-Aktivitäten. Es wurden entscheidende Vorarbeiten geleistet, um den Kunden 1991 ein zeitgemäß ausgestattetes Zahlungsverkehrskonto anbieten zu können.

Die steigende Akzeptanz von Kartenprodukten hat bei der Postbank auch die Bemühungen um einen kundenfreundlichen Barauszahlungsservice „à la carte“ beschleunigt. Ein Pilotversuch in Berlin zeigte eine positive Resonanz auf die Ausgabe von Servicekarten. Mit der flächendeckenden Verbreitung einer Postbank Card wird ein freizügiger Barauszahlungsverkehr bundesweit angeboten werden.

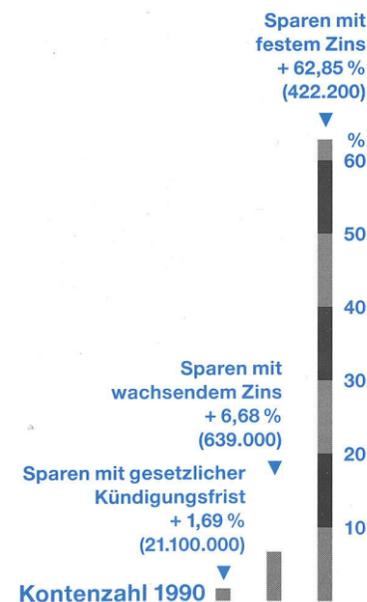
Auch hierzu wurden 1990 die entscheidenden Vorbereitungen geleistet.

Im Geschäftskundensegment – rund 600.000 gewerbliche Kunden unterhalten ein Girokonto bei der Postbank – gelang es, im Berichtsjahr durch den Aufbau bzw. Ausbau eines Kundeninformations- und Kundenselektionssystems mehr Transparenz in die Beziehung zwischen Kunde und Postbank zu bringen. Dadurch haben die Geschäftskunden-Berater die Möglichkeit, mit maßgeschneiderten Angeboten im Bereich des Electronic Banking Rationalisierungsvorschläge zu unterbreiten.

Veränderung gegenüber
Vorjahr in Prozent
(Tausend DM)



Veränderung gegenüber
Vorjahr in Prozent
(Anzahl)



Aspekte der Wirtschaftlichkeit haben auch die Entwicklung eines weiteren Zahlungsverkehrsangebots, des Postbank Btx-Girokontos begünstigt. Ende 1990 nutzten 90.000 Kunden dieses Produkt, womit die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 50% gesteigert werden konnte. Im Berichtsjahr wurden Maskengestaltung und Dialogsystematik überarbeitet. Die optimierte Fassung ist seit Beginn 1991 im Einsatz.

Weiter vorangetrieben hat die Postbank auch ihre Bemühungen um einen beschleunigten Ausbau von Selbstbedienungseinrichtungen. Wurden bislang vornehmlich sogenannte Outdoor-Geldautomaten mit erheblichem Investitionsaufwand an 200 Standorten installiert, so sind die Vorbereitungen inzwischen soweit vorangetrieben, daß eine Alternative mit der Einrichtung von Indoor-Geldautomaten zur Verfügung stehen wird.

Sondersparformen im Aufwind – zu Lasten der „Klassiker“

Die anhaltende Hochzinsphase führte im Einlagengeschäft zu erheblichen Veränderungen, gleichzeitig führte der Trend zu höherverzinslichen Sondersparformen zu

einem Margendruck, der sich in einer niedrigeren Zinsspanne widerspiegelt. Diese Entwicklung ist auch Ausdruck eines gewachsenen Zinsbewußtseins beim Kunden.

Das Fehlen einer Reihe von Standardprodukten im Sparbereich hat sich in der Vergangenheit nachteilig bemerkbar gemacht. Aus diesem Grund ist die Postbank bemüht, Produktvariationen und Neuprodukte so zu konzipieren, daß eine kurzfristige Markteinführung möglich wird.

Zwar konnte im Berichtsjahr die Summe aller Einlagekonten um über 800.000 oder 3,5% auf 23,2 Millionen gesteigert werden, was das stärkste Wachstum der letzten Jahre bedeutet, fast die Hälfte aller Zugänge entfiel aber auf die neuen Bundesländer. Hier eröffneten die Kunden bis zum Jahresende 350.000 Konten.

Das Sparvolumen bei der Postbank stieg um 2,2 Milliarden DM oder 5,4% von 40,9 auf 43,1 Milliarden DM. Hierin enthalten sind 1,5 Milliarden DM aus den neuen Bundesländern und 1,7 Milliarden DM Zinsgutschriften.

„Gewinner“ im Einlagengeschäft waren im Berichtsjahr eindeutig die höherverzinslichen Sondersparformen, „Verlierer“ war das Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Bei diesem Produkt fiel das Einlagevolumen 1990 um über 700 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr.

Das zeigt, daß die Postbank auch und gerade im Einlagengeschäft auf die Marktveränderungen reagieren muß, um im Umschichtungsprozeß zugunsten der Festgelder, Sparbriefe und des Versicherungssparens im Markt zu bleiben.

Die neuen Bundesländer: Aufgabe, Verpflichtung und Chance

Geradezu einen Kraftakt stellte die Integration der Postbank mit der Deutsche Post Postbank der ehemaligen DDR dar.

Schon lange vor Inkrafttreten der Währungsunion arbeiteten beide im Marketing und im Vertrieb zusammen. Sechs Wochen vor der Währungsumstellung konnte im Postamt 2 Berlin Ost am Alexanderplatz bereits die erste Postbank-Zweigstelle auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eröffnet werden. Bereits ab dem 1. 7. 1990 konnten die Kunden in den neuen Bundesländern das „blaue“ Postspargbuch erhalten.

Parallel dazu wurden binnen weniger Monate 5.000 Schalterkräfte mit den neuen Produkten vertraut gemacht. Es gelang damit, nicht nur die Kunden der Deutsche Post Postbank zu halten, sondern auch bereits Neukunden zu gewinnen. So unterhielten zum Jahresende 1990 bereits 350.000 Kunden ein Sparkonto bei der Postbank mit einem Volumen von über 1,5 Milliarden DM.

Diese Basis konnte im laufenden Geschäftsjahr kräftig ausgebaut werden.

Wie alle anderen Banken auch, steht die Postbank aber in den neuen Bundesländern vor erheblichen Investitionen.

Der Zahlungsverkehr muß modernisiert und konsequent auf elektronisch gestützte Abwicklung umgestellt werden.

Die Kommunikationsverbindungen müssen erheblich verbessert werden.

Vor große Anforderungen wurde die Postbank durch das explosionsartig gewachsene Zahlungsverkehrsaufkommen gestellt. Zeitweise stieg die Stückzahl der Belege im Vergleich zur Normalmenge um 50%, im wesentlichen verursacht durch das Versandhandelsgeschäft von Anbietern aus den alten mit Kunden in den neuen Bundesländern.

Die Postbank traf schon frühzeitig die notwendigen Entscheidungen, um ihren Auftrag, zur Angleichung der Lebensverhältnisse beizutragen und den Bürgern Zahlungsverkehrs- und Einlagenprodukte nach westlichem Standard anzubieten, gerecht zu werden.

Am 5. März 1991 wurde der Grundstein für den Bau des Postgiroamtes Leipzig gelegt. Das Investitionsvolumen wird einschließlich der DV-technischen Ausstattung über 200 Millionen DM betragen.

In der Endstufe werden 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Leipzig beschäftigt werden. Gemeinsam mit dem Postgiroamt Berlin wird Leipzig den Zahlungsverkehr der neuen Bundesländer verarbeiten.

Im ersten Quartal 1991 wurden Postgiroamt Berlin und Hauptpost-scheckamt Berlin Ost integriert.



Prof. Dr. Georg Milbradt
Finanzminister
des Landes Sachsen,
Dresden

„Wir müssen die Lasten gemeinsam tragen“

Nach dem Fall der Mauer, dem Symbol für die äußere Teilung Deutschlands, stehen wir jetzt vor der Aufgabe, die innere Teilung Deutschlands zu überwinden. Dies erfordert, die in den vergangenen vier Jahrzehnten in den beiden deutschen Staaten gewachsenen Unterschiede abzubauen, Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen und gleiche Lebensverhältnisse für alle Deutschen zu schaffen. Der Osten Deutschlands benötigt das Know-how des Westens, um 40 Jahre Mißwirtschaft

schnell zu überwinden. Wir benötigen Investitionen aus den alten Bundesländern und die dafür notwendige Infrastruktur, die auch ein umfassendes Angebot an Finanzdienstleistungen mit einschließt. Wir müssen bereit sein, die Lasten der Vereinigung Deutschlands gemeinsam zu tragen. Nur gemeinsam werden wir ein blühendes Deutschland im Herzen Europas schaffen.

Aus- und Fortbildung

1990 wurden Aus- und Fortbildung der Postbank-Kräfte schrittweise aus dem zentralen Fortbildungsprogramm des Postdienstes herausgelöst und eigenständig durchgeführt.

Wo es sinnvoll war, wurden Einrichtungen der Schwesterunternehmen in Anspruch genommen, so im Fachhochschulbereich und bei der Akademie für Führungskräfte.

Ende 1990 befanden sich rund 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ausbildung, überwiegend für den Einsatz in den Betriebsabteilungen der regionalen Postbanken.

Eingeleitet wurde der personelle Aufbau der Postbank in den neuen Bundesländern. Die unterschiedlichen Bildungssysteme erfordern aber gerade hier Übergangslösungen.

Im Fortbildungsbereich lag der Schwerpunkt in Seminaren für die Qualifizierung der künftigen Postbankberater.

Personalrat

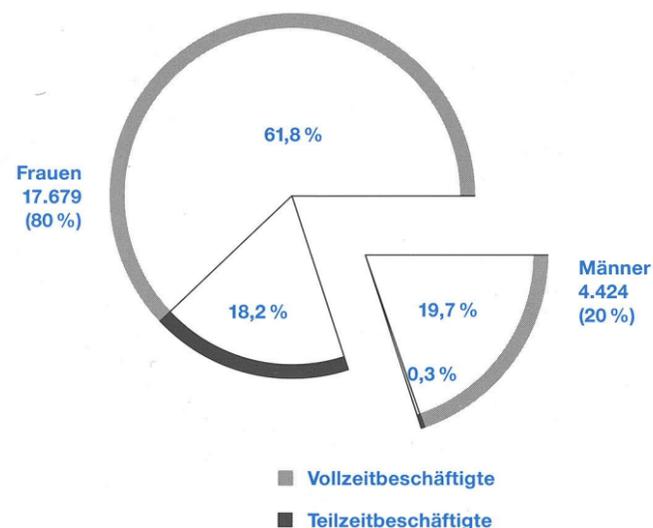
Soziale, personelle und wirtschaftliche Fragen wurden im Berichtsjahr mit den Personalvertretungen konstruktiv diskutiert und behandelt. Dazu gehörten auch Fragen technischer und organisatorischer Änderungen. Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit danken wir.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

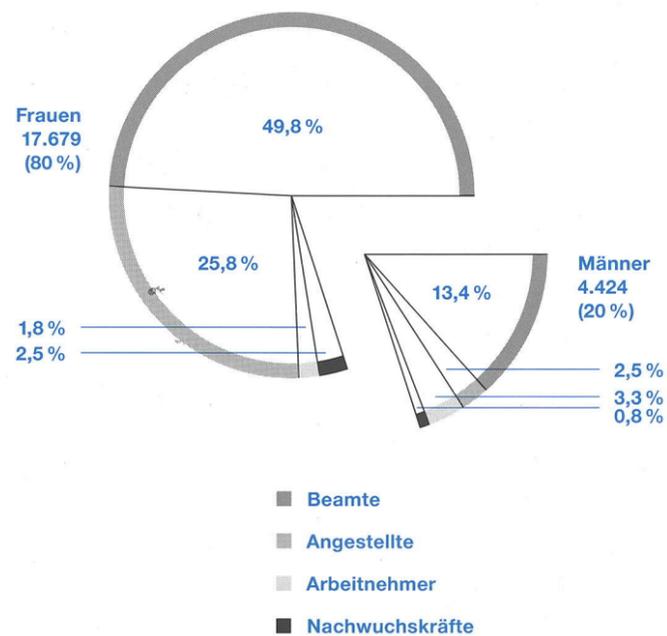
Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für ihr Engagement, ihre Leistungen und die gute Zusammenarbeit.

Jeder von Ihnen hat an seinem Arbeitsplatz, in den Postgiroämtern, Postsparkassenämtern, in der Zentralstelle Postbank, der Generaldirektion, zum erfolgreichen ersten Geschäftsjahr der Postbank seinen Beitrag geleistet.

Postbank-Mitarbeiter
insg. 22.103



Postbank-Mitarbeiter
insg. 22.103



Prof. Dr. phil. Gertrud Höhler,
Literaturwissenschaftlerin,
Unternehmensberaterin,
Berlin

„Nichts ist so beständig wie der Wandel“

Das wichtigste Element der Gegenwartsentwicklung unserer Kultur ist der beschleunigte Wandel, der alle, die Etablierten, die Nachrücker und die Alten in ein Boot zwingt: Niemand kann auf seiner Lebensstufe erfolgreich agieren, wenn es nicht gelingt, mit dem Wandel der bewohnten Kultur Schritt zu halten. Um das zu erreichen, muß die Flexibilität der Steuerung zunehmen.

Für die Führung eines Unternehmens bedeutet dies, daß Innovationsvermögen die oberste Führungstugend ist. Innovative Führung bedeutet aber nicht, daß Führungsmaximen permanent verändert werden. Vielmehr erfordert innovative Führung die elastische Struktur als

Einbettungsprinzip für flexible Strategien. Jede Unternehmensspitze muß soviel Führungskraft entwickeln, daß sie ihre Führungskräfte danach unterscheiden kann, ob sie zur Erneuerung ihres Führungswissens – zur innovativen Führung – in der Lage sind oder nicht. Wer hier Kompromisse macht, verzögert Innovation für das gesamte Unternehmen.

Anhang

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1990
(alte Bundesländer)

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 1990 bis
31. Dezember 1990**
(alte Bundesländer)

Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990
(neue Bundesländer)



Organisatorische Grundlagen

Zum 31. Dezember 1989 wurde letztmalig ein Gesamtjahresabschluss für die Deutsche Bundespost erstellt. Nach der Dreiteilung der Deutschen Bundespost gem. § 1 Abs. 2 PostVerfG erstellt die Deutsche Bundespost Postbank erstmalig einen eigenen Jahresabschluss.

Der Jahresabschluss umfaßt die Geschäftstätigkeit in den alten Bundesländern. Aufgrund der besonderen Situation in den neuen Bundesländern, vor allem im Hinblick auf die Währungsumstellung und den Übergang der Rechnungslegung auf Handelsrecht, wird für diesen Bereich ein gesonderter Jahresabschluss erstellt werden. Die Abschlüsse West und Ost werden zu einem Gesamtjahresabschluss der Deutschen Bundespost Postbank zusammengefaßt werden.

Jahresabschluss

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses werden gemäß §§ 39 Abs. 2 und 44 Abs. 1 PostVerfG die handelsrechtlichen Vorschriften und die besonderen für Kreditinstitute geltenden Vorschriften in analoger Anwendung herangezogen. Auf die Darstellung der Vorjahreszahlen nach § 265 Abs. 2 HGB wurde gemäß § 25a Abs. 2 KWVG und § 1 Abs. 6 der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten verzichtet.

Die ausgewiesenen Kassenbestände in Deutscher Mark, Bundesbankguthaben und Forderungen an Kreditinstitute sind mit den Nominalwerten angesetzt, die vorhandenen Sortenbestände mit dem jeweiligen Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. In den Forderungen an Kreditinstitute enthaltene Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind mit den Anschaffungskosten bilanziert.

Forderungen aus Darlehen an die Schwesterunternehmen Postdienst und Telekom, die zu marktüblichen Sätzen verzinst werden, kurzfristig fällige Verrechnungsforderungen gegenüber den Schwesterunternehmen sowie die (überwiegend nicht verzinslichen) Ausgleichsforderungen gegen die

öffentliche Hand aus der Währungsreform 1948 und die durchlaufenden Kredite (nur Treuhandgeschäfte) ohne Kreditrisiko der Postbank wurden ebenfalls zu den Nominalwerten angesetzt.

Forderungen gegenüber Kunden sind grundsätzlich zu den jeweiligen Nennwerten abzüglich angemessener Pauschalwertberichtigungen bilanziert.

In den **Forderungen** enthaltene Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind mit den Anschaffungskosten bilanziert.

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschiebungen sowie die sonstigen Wertpapiere (Investmentzertifikate) sind unter Beachtung des für das Umlaufvermögen geltenden strengen Niederstwertprinzips (§ 253 Abs. 3 HGB) bewertet worden. Aus der Beachtung des strengen Niederstwertprinzips resultierte für das Geschäftsjahr 1990 ein in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßter Abschreibungsbedarf.

Anlagespiegel

	1. 1. 1990 TDM	Zugänge Zuschreibung* TDM	Abgänge TDM	Abschreibungen TDM	31. 12. 1990 TDM
Beteiligungen	37.815	3	—	—	37.818
Grundstücke und Gebäude	828.432	93.886 17*	343	47.113	874.879
Betriebs- und Geschäftsausstattung	153.242	69.584 111*	680	31.615	190.642

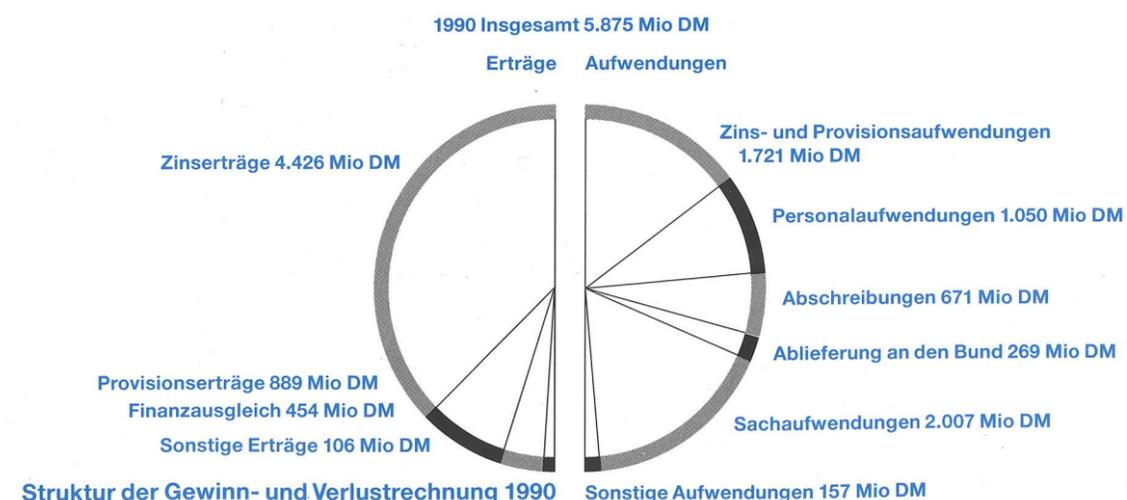
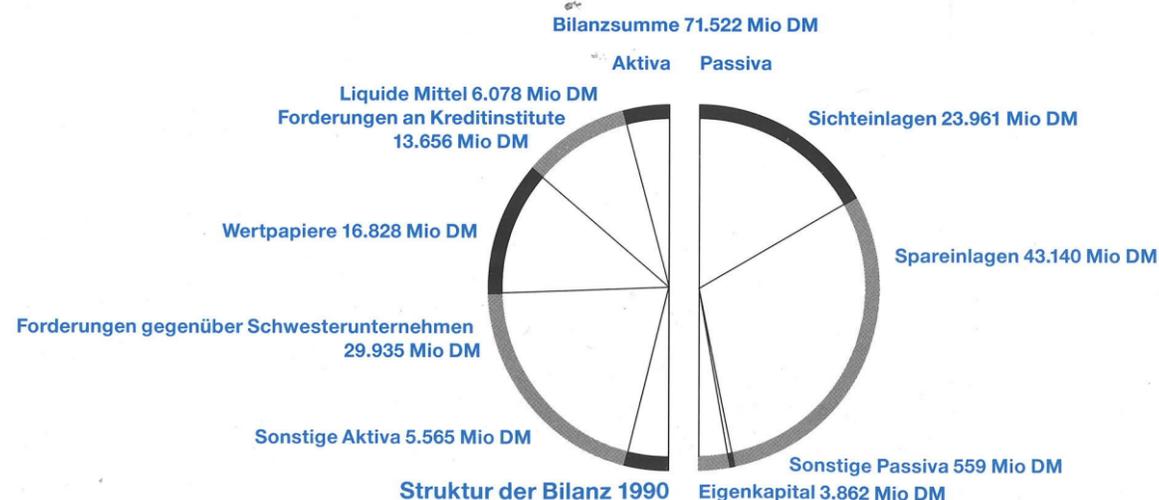
* Die Korrekturen betreffen Grundstücke, die zunächst der Postbank zugeordnet waren, nun aber teilweise auf den Postdienst übergangen.

Die bei Aufteilung der Deutschen Bundespost in die drei Postunternehmen der DBP Postbank zugeordneten Beteiligungen (Deutsche Lufthansa AG, Köln, und Deutsche Pfandbrief- und Hypothekenbank AG, früher Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden) – ausschließlich Minderheitsbeteiligungen – werden mit den historischen Anschaffungskosten bilanziert. Aus den Beteiligungen zufließende Dividenden werden bei Zufluß ertragswirksam erfaßt. Die Beteiligung an der Deutschen Pfandbrief- und Hypothekenbank AG wurde im laufenden Geschäftsjahr 1991 veräußert.

Grundstücke und Gebäude einschließlich der Einbauten in fremde Grundstücke und die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden

mit Anschaffungskosten (ggf. DM-Eröffnungsbilanzwerte aus dem Jahre 1948) abzüglich planmäßiger Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgten nach der linearen Abschreibungsmethode über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. nach den ertragssteuerlich höchstzulässigen Sätzen, wobei von der Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter analog § 6 Abs. 2 EStG Gebrauch gemacht wird. Für Zugänge wird generell die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Bei Einbauten in fremde Gebäude bemißt sich die unterstellte Nutzungsdauer nach der Laufzeit der Mietverträge.

Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber Kreditinstituten und gegenüber anderen Gläubigern (Sicht- und Spareinlagen) sowie begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen und sonstige Verbindlichkeiten sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zu ihrem Rückzahlungsbetrag unter Berücksichtigung zeitanteiliger Zinsen angesetzt.



Rückstellungen wurden gemäß § 42 Abs. 1 PostVerfG in Verbindung mit § 249 Abs. 1 HGB für Pensionsansparungen, soweit es sich um Neuzusagen seit 1. Januar 1990 handelt, und für pensionsähnliche Verpflichtungen nach Art. 131 GG (Pensionsrückstellungen), sowie für dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewisse Verbindlichkeiten (andere Rückstellungen) einschließlich der am Bilanzstichtag bestehenden Restablieferungsverpflichtung an den Bund gebildet. Den passivierten Pensionsrückstellungen liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten zugrunde. Für die Berechnung wurde von den „Richttafeln 1983 für die Pensionsversicherung“ von Dr. Klaus Heubeck, Köln, ausgegangen und als Rechnungszinsfuß der ertragssteuerlich nach § 6 a EStG vorgeschriebene Zinssatz von 6 % angesetzt. Die anderen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und bestehenden, aber dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewissen Verpflichtungen in angemessenem Umfang Rechnung.

Das Eigenkapital der Postbank zum 31. Dezember 1990 von DM 3.862 Mio wurde in analoger Anwendung von § 272 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 283 HGB zum Nennbetrag ausgewiesen. Eine Kapitalrücklage oder Gewinn-

rücklagen bestanden bei der Postbank am Bilanzstichtag nicht.

Der für das Geschäftsjahr 1990 nach periodengerechter Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen an sich auszuweisende Jahresfehlbetrag von DM 458 Mio wird durch einen Anspruch auf Finanzausgleich gegenüber dem Schwesterunternehmen Telekom in gleicher Höhe ausgeglichen, so daß sich weder ein Bilanzverlust noch ein Bilanzgewinn ergibt.

Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt 1990

Vollzeitkräfte	17.269
Teilzeitkräfte	4.089
Beamte im Vorbereitungsdienst	745
	22.103

Zusätzlich waren durchschnittlich 3.015 Dienstkräfte ohne Bezüge beurlaubt, davon 2.759 Vollzeit- und 256 Teilzeitkräfte.

Geschäftsführung und Vertretung

Dem Vorstand der Postbank gehören an:

Dr. Günter Schneider (Vorsitzender)
Dr. Rudolf Bauer
Dr. Bernhard Zurhorst

Bezüge 01.01. – 31.12.1990:

Vorstand	1.246.666,67 DM
Aufsichtsrat	431.280,00 DM

Zusammensetzung des Aufsichtsrates

Dr. Hans Friderichs (Vorsitzender)

Albert Stegmüller
(stellvertretender Vorsitzender)

Hans Adams
Vorsitzender des Personalrats beim Postgiroamt Frankfurt am Main (bis 31. 5. 1990)

Dr. Thea Brüner
Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Berlin e. V.

Prof. Dr. Hans E. Büschgen
Direktor des Seminars für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Bankbetriebslehre an der Universität zu Köln

Dr. Gert Haller
Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen (seit 14. 2. 1990)

Freiherr Constantin Heereman von Zuydwyck
Präsident des Deutschen Bauernverbandes

Dr. Horst Köhler
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (bis 13. 2. 1990)

Margit Kröger
Mitglied des Personalrats beim Postsparkassenamt Hamburg

Franz Kroppenstedt
Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren

Bernd Lindenau
Bezirksvorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft Berlin

Uwe Lütjhe
Mitglied des Bezirksvorstandes des Deutschen Postverbandes Hamburg

Dr. Bernhard Molitor
Ministerialdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft

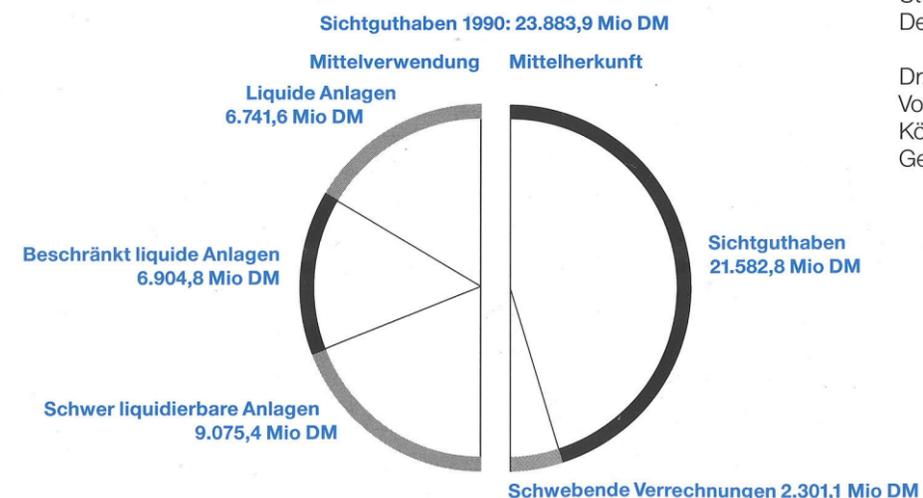
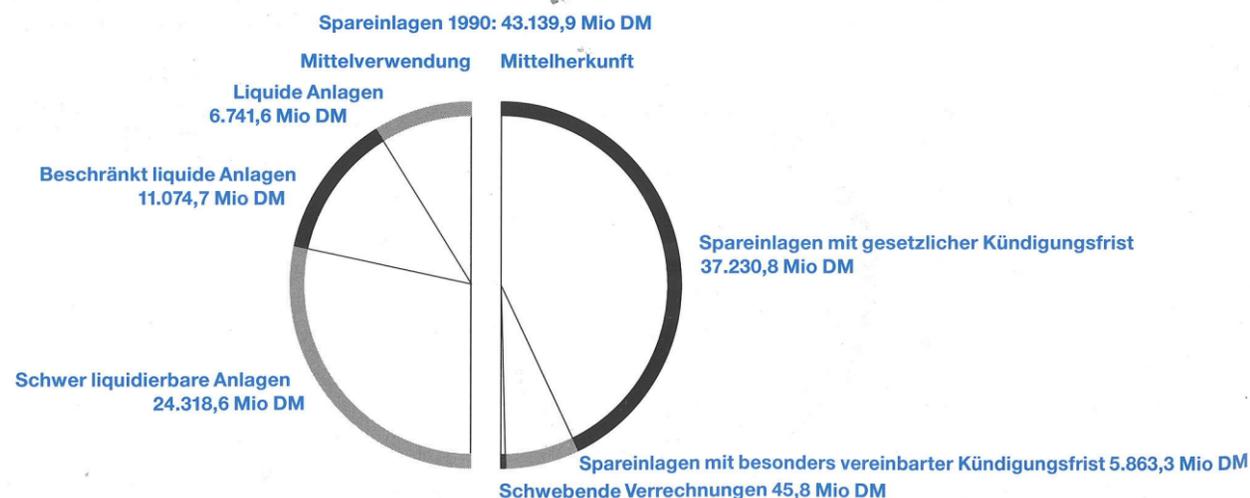
Dr. Manfred Schüler
Staatssekretär a. D., Mitglied des Vorstandes der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Karola Schwuchow
Mitglied der Geschäftsführung des Hauptpersonalrats (seit 1. 6. 1990)

Dr. Ing. Dieter Soltmann
Präsident der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstags

Albert Stegmüller
Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft

Dr. Jürgen Zech
Vorstandsvorsitzender der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft AG



Nicht passivierte Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der Betrag der nicht passivierten Pensionsrückstellungen (Altzusagen vor dem 1. Januar 1990) beläuft sich zum 31. Dezember 1990 DM 3.015 Mio.

Haftung

Nach § 2 Abs. 2 PostVerfG haftet die Postbank ohne Einschränkungen für die Verbindlichkeiten des Teilsondervermögens des Postdienstes und der Telekom.

Bestätigungsvermerk

Einwendungen, die zu einer Einschränkung oder Versagung des Bestätigungsvermerks führen müssen, haben sich bei unserer Prüfung nicht ergeben.

Wir erteilen daher der Deutschen Bundespost Postbank für den (Teil-) Jahresabschluß zum 31. Dezember 1990 für das „Verkehrsgebiet West“ und den Lagebericht für das „Verkehrsgebiet West“ den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

Die Buchführung und der (Teil-) Jahresabschluß der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn, in die die entsprechenden Teile des Sondervermögens der ehemaligen Deutschen Post-Postbank im Bereich des Beitrittsgebietes nach Artikel 1 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik noch nicht einbezogen sind, entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den für die Postunternehmen geltenden gesetzlichen Vorschriften. Der (Teil-) Jahresabschluß umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar 1990 bis zum 31. Dezember 1990 und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bundespost Postbank für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach

dem Stand vor dem 3. Oktober 1990 einschließlich Berlin (West). Der Lagebericht für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vor dem 3. Oktober 1990 einschließlich Berlin (West) steht im Einklang mit dem (Teil-) Jahresabschluß.

Frankfurt am Main,
den 6. September 1991

KPMG Deutsche Treuhand-
Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Plato) (Dr. Wiedmann)
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. 12. 1990 der Postbank, Bonn (ohne Beitrittsgebiet) durch den Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres die ihm nach dem PostVerfG obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat sich vom Vorstand in mehreren Sitzungen über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichten lassen. Über die nach dem PostVerfG zustimmungspflichtigen Sachverhalte hat der Aufsichtsrat nach Prüfung und Erörterung mit dem Vorstand beschlossen.

Die Buchführung, der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1990 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 1990 sind von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft worden.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt.

Der Aufsichtsrat hat seinerseits den Jahresabschluß und den Lagebericht geprüft. Einwendungen waren nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat damit gem. § 23 Abs. 3 Ziff. 2 PostVerfG den Jahresabschluß West der Postbank zum 31. 12. 1990 in der vorgelegten Form festgestellt.

Bonn, den 12. Juni / 6. September
1991

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1990 (alte Bundesländer)

AKTIVA

	TDM	TDM	TDM	TDM
1. Kassenbestand				1.119.165
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank				4.865.859
3. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere				93.163
4. Wechsel darunter: a) bundesbankfähig darunter: b) eigene Ziehungen	-	-		-
5. Forderungen an Kreditinstitute a) täglich fällig b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von ba) weniger als drei Monaten bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren bc) vier Jahren oder länger			199.356	
6. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen a) des Bundes und der Länder b) sonstige			2.509.099	2.509.099
7. Anleihen und Schuldverschreibungen a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren aa) des Bundes und der Länder ab) von Kreditinstituten ac) sonstige darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren ba) des Bundes und der Länder bb) von Kreditinstituten bc) sonstige darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	136.274	141.542	141.542	16.828.403
8. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind a) börsengängige Anteile und Investmentanteile b) sonstige Wertpapiere darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen			100.000	100.000
9. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von a) weniger als vier Jahren b) vier Jahren oder länger darunter: ba) durch Grundpfandrechte gesichert bb) Kommunaldarlehen	7.980		978.759	1.290.828
10. Forderungen gegenüber a) dem Unternehmen Deutsche Bundespost Postdienst b) dem Unternehmen Deutsche Bundespost Telekom darunter mit einer Laufzeit von vier Jahren oder länger	27.911.828		28.018.070	29.395.172
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand				335.795
12. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				152.173
13. Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten	20.000			37.818
14. Grundstücke und Gebäude				874.879
15. Betriebs- und Geschäftsausstattung				190.642
16. Sonstige Vermögensgegenstände				16.248
17. Rechnungsabgrenzungsposten				56.974
18. Bilanzverlust				-
Summe der Aktiva				71.521.800
19. in den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten a) Forderungen an verbundene Unternehmen b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden				

PASSIVA

	TDM	TDM	TDM	TDM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten a) täglich fällig b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von ba) weniger als drei Monaten bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren bc) vier Jahren oder länger darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			2.369.988	
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern a) täglich fällig b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von ba) weniger als drei Monaten bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren bc) vier Jahren oder länger darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig c) Spareinlagen ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist cb) sonstige cc) schwebende Verrechnungen			21.582.785	
3. Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von a) bis zu vier Jahren b) mehr als vier Jahren darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig			73.529	73.529
4. Aufgenommene Darlehen				89.587
5. Verbindlichkeiten gegenüber a) dem Unternehmen Deutsche Bundespost Postdienst b) dem Unternehmen Deutsche Bundespost Telekom			35.158	35.158
6. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf				-
7. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				152.173
8. Rückstellungen a) Pensionsrückstellungen b) andere Rückstellungen			12.055	171.145
9. Wertberichtigungen a) Einzelwertberichtigungen b) vorgeschriebene Sammelwertberichtigungen				-
10. Sonstige Verbindlichkeiten				37.561
11. Rechnungsabgrenzungsposten				-
12. Sonderposten mit Rücklageanteil				-
13. Genüßrechtskapital darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig				-
14. Kapital				3.861.691
15. Kapitalrücklage				-
16. Gewinnrücklagen a) Gesetzliche Rücklage b) Rücklage für eigene Anteile c) Satzungsmäßige Rücklagen d) Andere Gewinnrücklagen				-
17. Bilanzgewinn				-
Summe der Passiva				71.521.800
18. Eigene Ziehungen im Umlauf darunter: den Kreditnehmern abgerechnet				-
19. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergehenden Wechseln				-
20. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen				-
21. Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind				-
22. Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				-
23. In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der Verbindlichkeiten unter 18 - 22) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten				-

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 1990 bis 31. Dezember 1990 (alte Bundesländer)**

AUFWENDUNGEN

	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		1.721.564.604,25
2. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		3.366.742,24
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		592.044.197,77
4. Gehälter und Löhne		808.051.521,34
5. Soziale Abgaben		42.936.845,75
6. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		198.939.906,06
7. Sachaufwand für das Bankgeschäft		2.007.422.712,99
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		78.728.584,50
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen		-
10. Ablieferungen und Steuern		
a) Ablieferung an den Bund	269.491.697,60	
b) Steuern	64.748,54	269.556.446,14
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-
12. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		-
13. Sonstige Aufwendungen		152.289.196,36
14. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- und eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		-
15. Jahresüberschuß		-
Summe der Aufwendungen		5.874.900.757,40

ERTRÄGE

	DM	DM
1. Zinsen und Zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.171.534.362,54
2. Laufende Erträge aus		
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.253.494.717,43	
b) anderen Wertpapieren	-	
c) Beteiligungen	1.700.784,00	1.255.195.501,43
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		889.252.578,74
4. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		90.602.624,31
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-
6. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 4 auszuweisen sind		9.956.000,00
7. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		-
8. Erträge aus dem Finanzausgleich		458.359.690,38
9. Jahresfehlbetrag		-
Summe der Erträge		5.874.900.757,40

Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990

AKTIVA	DM
1. Kassenbestand	228,99
2. Postgiro Guthaben	244.898,64
3. Forderungen an Kreditinstitute – täglich fällig	2.896.915.335,44
4. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren	750.249.567,36
5. Grundstücke und Gebäude	32.558.877,00
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	262.199,00
7. Sonstige Vermögensgegenstände	681.554,66
8. Ausgleichsforderungen	1.030.416.642,78
Summe der Aktiva	4.711.329.303,87
9. In den Aktiva sind an Forderungen gegenüber Unternehmen und Einrichtungen der Deutschen Post enthalten:	746.815.886,06

PASSIVA	DM	DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – täglich fällig		239.373.866,52
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern		
a) täglich fällig	1.431.020.077,21	
b) Spareinlagen		
ba) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		
bb) sonstige	2.836.450.098,39	4.267.470.175,60
3. Rückstellungen		
a) Pensionsrückstellungen		–
b) andere Rückstellungen		556.000,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten		14.929.261,75
Kapital		189.000.000,00
Summe der Passiva		4.711.329.303,87
5. In den Passiva sind an Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen der Deutschen Post enthalten:		100.074.019,00

		1986	1987	1988	1989	1990
Zahlungsverkehr						
Girokonten	in Mio	4,5	4,5	4,6	4,7	4,8
davon Btx-Girokonten		15.400	25.500	41.000	60.000	90.000
Sichtguthaben	in Mrd DM	15,7	16,5	18,3	19,6	21,5
Eurocheque-Karten		671.000	708.000	785.000	828.000	890.000
Eurocards		11.000	16.000	25.200	34.400	44.500
Reiseschecks (Umsatz)	in Mio DM	37	71	79	85	105
Sortendienst (Umsatz)	in Mio DM	135	205	329	405	500
Einlagengeschäft						
Einlagekonten	in Mio	21,1	21,5	22,0	22,4	23,2
Einlagevolumen	in Mrd DM	36,2	38,2	40,6	40,9	43,1
Ablieferung an den Bund	in Mio DM	–	–	–	–	269
Teilbetriebsergebnis	in Mio DM	–	–	–	–	393
Personalaufwendungen	in Mio DM	–	–	–	–	1.052
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt		–	–	–	–	22.103
Bilanzsumme	in Mio DM	–	–	–	–	71.522

Impressum

Redaktion:
Postbank, Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Konzeption und Gestaltung:
Kuhn, Kammann & Kuhn GmbH
Agentur für Unternehmenskommunikation,
Köln

Fotografie:
Jupp Darchinger, Bonn
action press, Hamburg
ap, Frankfurt
dpa, Frankfurt
Keystone, Hamburg
Sven Simon, Essen



Postanschrift:
Postbank Generaldirektion
Postfach 40 00
W 5300 Bonn 1

Besuchsanschrift:
Robert-Schuman-Platz
W 5300 Bonn 2
(Bad Godesberg)

Telefon (02 28) 14-0
Durchwahl (02 28) 14-90 17
Telefax (02 28) 14-98 29
Telex 8 861 101 bpm d
Teletex 2 28 59 89
Btx (02 28) 14-1

Überall in Deutschland:

Postbank Berlin
Postfach 11 01 04
Hallesches Ufer 60
W 1000 Berlin 61
(030) 268-0

Postbank Dortmund
Postfach 10 60 50
Hoher Wall 9 - 11
W 4600 Dortmund 1
(02 31) 180-0

Postbank Essen
Postfach 10 60 02
Kruppstraße 2/Freiheit 2
W 4300 Essen 1
(02 01) 819-0

Postbank Frankfurt
Postfach 99 99
Eckenheimer Landstraße 242
W 6000 Frankfurt/Main 1
(069) 15 62-0

Postbank Hamburg
Postfach 11 90 00
Alter Wall 46
W 2000 Hamburg 11
(040) 36 19-0

Postfach 60 70 00
Überseering 26
W 2000 Hamburg 60
(040) 63 83-0

Postbank Hannover
Postfach 90 20
Goseriede 16
W 3000 Hannover 1
(05 11) 918-0

Postbank Karlsruhe
Postfach 77 00
Kriegsstraße 100
W 7500 Karlsruhe 1
(07 21) 132-0

Postbank Köln
Postfach 10 90 06
Breslauer Platz 4
W 5000 Köln 1
(02 21) 140-0

Postbank Leipzig
Leninstraße 4 - 8
O 7002 Leipzig
Leipzig 79 72-267

Postbank Ludwigshafen
Postfach 50 01
Ernst-Boehe-Straße 15
W 6700 Ludwigshafen 1
(06 21) 508-0

Postbank München
Postfach 20 00 15
Sonnenstraße 26
W 8000 München 2
(089) 51 23-0

Postfach 20 00 20
Sonnenstraße 24
W 8000 München 2
(089) 51 69-0

Postbank Nürnberg
Postfach 90 00 00
Keßlerstraße 1
W 8500 Nürnberg 20
(09 11) 580-0

Postbank Saarbrücken
Postfach 30 30
Neugrabenweg 2
W 6600 Saarbrücken 1
(06 81) 401-0

Postbank Stuttgart
Postfach 90 90 90
Kleiner Schloßplatz 4
W 7000 Stuttgart 1
(07 11) 20 38-0

N 12<013865773107



LBZ / Pfälz. Landesbibliothek Speyer

Anlage

**Jahresbilanz
und
Gewinn- und Verlustrechnung
zum 31. Dezember 1990**
(neue Bundesländer)

der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn

(nur Beitrittsgebiet nach Artikel 1 Einigungsvertrag vom 31. August 1990) zum 31. Dezember 1990

	DM	DM
1. Kassenbestand		203.622,73
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		438.951.134,71
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	1.767.046.690,97	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
ba) weniger als drei Monaten	50.250.000,00	
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		1.817.296.690,97
bc) vier Jahren oder länger		
4. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
a) weniger als vier Jahren	13.924.290,46	
b) vier Jahren oder länger		13.924.290,46
5. Forderungen gegenüber den Unternehmen der Deutschen Bundespost		
a) DBP Postdienst (Ost)	1.536.067.012,35	
b) DBP Telekom (Ost)	13.734.127,67	1.549.801.140,02
6. Ausgleichsforderungen gegen den Ausgleichsfonds Währungsumstellung		1.072.136.345,94
7. Grundstücke und Gebäude		32.556.650,00
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung		360.563,94
9. Sonstige Vermögensgegenstände		451.104,94
10. Bilanzverlust		-
Summe der Aktiva		4.925.681.543,71

	TDM	DM	DM	DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Postgiro- und Postsparkassenämtern				434.378.195,94
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			104.371.248,59	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		-		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		-		
bc) vier Jahren oder länger		-		
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig		-		
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			-	104.371.248,59
3. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig			1.825.353.828,95	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		-		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		-		
bc) vier Jahren oder länger		-		
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig		-		
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		1.624.354.968,90		
cb) sonstige		-	1.624.354.968,90	3.449.708.797,85
4. Verbindlichkeiten gegenüber den Unternehmen der Deutschen Bundespost				
a) DBP Postdienst (Ost)			422.512.543,40	
b) DBP Telekom (Ost)			290.703.930,94	713.216.474,34
5. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen			-	
b) andere Rückstellungen			34.239.810,62	34.239.810,62
6. Sonstige Verbindlichkeiten				767.016,37
7. Kapital				189.000.000,00
8. Bilanzgewinn				-
Summe der Passiva				4.925.681.543,71

Gewinn- und Verlustrechnung

der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn

(nur Beitrittsgebiet nach Artikel 1 Einigungsvertrag vom 31. August 1990) für die Zeit vom 1. Juli 1990 bis 31. Dezember 1990

AUFWENDUNGEN

	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		52.305.674,46
2. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		4.945.518,09
3. Gehälter und Löhne		7.446.463,00
4. Soziale Abgaben		1.024.654,00
5. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		90.439,51
6. Sachaufwand für das Bankgeschäft		71.653.349,59
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		257.753,13
8. Ablieferungen an den Bund und Steuern		
a) Ablieferungen an den Bund	20.501.000,00	
b) Steuern	150.000,00	20.651.000,00
9. Sonstige Aufwendungen		328.525,08
10. Aufwand aus Finanzausgleich gemäß § 37 Abs. 3 Postverfassungsgesetz		49.104.025,33
11. Jahresüberschuß		-
Summe der Aufwendungen		207.807.402,19

ERTRÄGE

	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		74.275.882,03
2. Laufende Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		41.719.703,16
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		91.271.883,57
4. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		539.933,43
5. Erträge aus Finanzausgleich gemäß § 37 Abs. 3 Postverfassungsgesetz		—
6. Jahresfehlbetrag		—

Summe der Erträge**207.807.402,19**